

Arbeiter

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement: Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7871.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Bedingungen
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen
 je Zeile oberer Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Berichte
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abzugeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 enden bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Dienstag, den 26. November 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Der Entscheidungskampf.

Das Hungergesetz ist dem Reichstag vorgelegt. Das Parlament und das deutsche Volk gehen in einen Kampf, der nicht ein parlamentarischer Kampf ist wie andre auch, sondern der entscheidend sein wird für die Gestaltung der deutschen Zukunft.

Die gegenwärtige Reichstags-Periode ist rückwärts und vorwärts eine Periode der Verderblichkeit: rückwärts die Eroberungs- und Selbstpolitik, vorwärts die Politik des Hochzolls und des Brotwuchers. Weidertel Politik einander widersprechend und aufsehend, jede von beiden gleich wahrhaftig wie die andre und beide Wahnwahnsinn, aufeinander gepflanzt und ineinander verflochten, das Ungeheuerlichste an politischer Unvernunft und Zerrüttung des Volkswohlens. Noch niemals sah das Reich eine Gesetzgebungsperiode so unheilvoll als diese!

Auf den Rehrich geworfen ist längst die sociale Politik, die sociale Reform, vor 10 Jahren das Programm des neuen Kurzes, des sozialen Reformismus. Jene kümmerlichen Versuche, die die Massen dem Staat des Kapitalismus verlohnen sollten, haben längst und endgültig abgedankt vor dem Hunnenum nach draußen und der Auszehrung in der Heimat.

Vor wenigen Jahren wurden die tausenden Cammer der Hebersee- und Selbstpolitik entrollt, die Politik der Ausdehnung, des größeren Deutschland sollte den deutschen Wohlstand erhöhen, Handel und Verkehr entfalten, den Arbeitern Arbeit und Brot und bessern Lohn spenden.

Die Illusionen sind zerfallen gleich bunten Seifenblasen, die Täuschungen sind offenbar geworden und das Ergebnis ist ein ungeheures Deficit in der Reichskasse, in den Kassen der Bundesstaaten, und — tausendmal schlimmer noch als das finanzielle Deficit — der unfähigste moralische Zusammenbruch.

Wie erlebten eine kolossale Vermehrung der Marinierleistungen und ein Milliardenbauplan wurde auf lange Jahre hinaus festgelegt. Aber mit jedem Panzerkoloss, der erbaut wurde, schwoll die Schuldenlast und das Deficit der Reichsfinanzen; der Goldstrom der Anleihen, der neuen Steuern, der der drohenden Finanznot vorbeugen sollte, entschwand durch die tausend Löcher des Panzerbaues der militärischen und marinerischen Rüstungssteigerungen.

Die Panzerkolosse sollten den Handel schützen, sollten neuen Abzug auf dem Erdball sichern, — China ward die erste Episode dieser Weltkriegepolitik der gepanzerten Faust. Fast 300 Millionen neue Ausgaben für nichts und wieder nichts und anstatt des erwarteten wirtschaftlichen Aufschwunges durch Erweiterung des Marktes für deutsche Waren die Krise, hier einen Industriezweig jäh knickend, dort langsam sich einschleichend und die Lebenskraft der Produktion ersäufend, überall Verarmung verbreitend, überall vielen Tausenden Fleißiger und Arbeitsbereiter Arbeit und Brot raubend!

Und zum finanziellen und wirtschaftlichen Mißerfolg die moralische Schwach, die unauslöschlich den deutschen Namen zeichnet. Es ist vergebliche Unwahrscheinlichkeit, jetzt durch Lärm wider die Kulturwiderigkeiten anderer Nationen die selbstverübte Kulturschändung überdönen zu wollen.

Die Mächtigen des heutigen Deutschland, anstatt zu vermehrter Freiheit, zu höherem Wohlergehen, zu reinerer Kultur empor zu führen, sie haben die Anechtung gefördert, die Volkswohlfahrt verderbt, die Kultur geschändet!

Zumitten dieses Niederganges der Verschlechterungen und Verwahrlosungen verblieb nur als einzige Macht, die Einheit gebot und die Ehre der Nation wachte, das Klassenbewußte und kulturbewusste Proletariat Deutschlands. Der Widerspruch und der Widerstand der Socialdemokratie hielt zurück vor noch Schlimmerem und setzte eine Grenze den alles überflutenden Vergrübeln der Gewaltthätigkeit.

Und jetzt!!
 Bereits inmitten der Durchführung des weltpolitischen Unheils begann die Vorbereitung der unheilvolleren Anti-Weltpolitik.

Also will es der Kurs der Unberechenbarkeiten und der kapitalistischen Widersprüche: Western die Welt im Zeichen des Verkehrs und die deutsche Zukunft auf dem Wasser. Heute die Welt im Zeichen des Wohlstands aller gegen alle und die deutsche Zukunft in der Verzeigerung des großen Grundbesitzes.

Die politische Falschmünzerei sprach von Ausbreitung der Kultur bei fernem Völkern und dreiteile Unkultur und Unmenslichkeit aus. Jetzt sagt die politische Falschmünzerei: „Schnur der Landwirtschaft“ und sie schlägt die Ausbeutung der Landwirtschaft, die Anknüpfung aller Ungerechtigkeiten.

Will das deutsche Volk nach den Unfähigkeitkeiten der Selbstpolitik die hunderte Millionen Unfähigkeitkeiten der Junkerpolitik ertragen?

Hundert Millionen jedes Jahr wollen Junker und Großbauern vom Volk erpressen. Hunderte Millionen soll das arbeitende Volk jedes Jahr neuen Tribut zu all den bisherigen Zwangsbeiträgen entrichten. Um viele hunderte Millionen soll das tägliche Brot, das schmale Stück Fleisch, sollen alle Nahrungsmittel der Armen und Kernsten verlieren werden. Viele hunderte Millionen soll das Volk denen gewähren, die des Volkes Unterdrücker sind, die ihm das Licht und die Luft des Lebens entziehen.

Hundert Millionen denen, die die Freizügigkeit bedrängen, die den Arbeiter leibwunden an die Scholle binden, die alle freie wirtschaftliche und geistige Entwicklung ersäufen wollen! Hunderte Millionen denen, die in selbstthätiger Begier bereit sind, der deutschen Industrie blühende Wunden zu schlagen, die Arbeitslosigkeit zu verzeihen, den Lohnstand unerträglich zu machen, namenloses Elend über alle arbeitenden Schichten zu verhängen! Hunderte Millionen denen, die den Schatz der Landwirtschaft erheben, die Arbeitenden der Landwirtschaft im Elend und in der Entzweiung fesseln.

Soll diese Junkerreaktion triumphieren und das deutsche Volk unter sein Joch beugen? Will das deutsche Volk diese schlimmste Bedrückung ertragen? — das ist die Frage, die nun zur Entscheidung gestellt ist und über die alsbald im Reichstag die Schlacht geschlagen werden soll.

Das deutsche Volk muß das Bewußtsein geschärft erhalten, daß es um seine Zukunft die Entscheidung fällt. Nicht allein um neue Belastung der allzu Belasteten geht der Kampf; es wird entschieden auf lange Jahre hinaus: ob die Feinde des Vaterlandes, die das Vaterland knuten und kneten, ausbeuteln und ausbeuten, in der Herrschaft des Uebermuths und in ihren Privilegien erhalten und neu gefestigt werden sollen — oder ob im Deutschen Reich das Volkes Wohl höchstes Gesetz sein soll!

Die Feinde des Vaterlandes und des Volkes glauben ihren Erfolg gesichert, da die Mehrheit des Reichstags in Abhängigkeit von den Herrschenden und Reichthümern bereit ist, den Hunger durch Gesetz zu dekretieren.

Jedoch, die Socialdemokratie wird ihre beste Kraft einsetzen, um das drohende Verhängnis abzuwenden. Getragen vom Protest der Millionen aus dem Lande wird die Partei der Arbeitenden den Kampf führen gegen die Parteien der Ausbeutung.

Den Parteien des Brotwuchers sei es zugesichert: sie sollen auf einen Widersacher treffen, dessen sie nicht Herr werden trotz ihrer Uebermacht, der das Kampfschwert nicht aus der Hand legt, bis das deutsche Volk vom Junkerwucher frei ist!

Begründung des Zolltarif-Gesetzentwurfs.

Der am Sonnabend erfolgten Veröffentlichung des Allgemeinen Teils der Begründung des neuen Zolltarif-Entwurfs ist bereits heute die Begründung des „Besonderen Teils“ mit seinen verschiedenen Anlagen an die Reichstags-Abgeordneten gefolgt. Die gesamten publizierten Aktenstücke bestehen jetzt aus:

1. Dem Entwurf eines Zolltarif-Gesetzes mit den aus den Beratungen des Bundesrats hervorgegangenen neuen Tarif und alphabetischen Register. 142 Quartseiten.
 2. Der Begründung zu dem Entwurf eines Zolltarif-Gesetzes. Allgemeiner und besonderer Teil. 551 Quartseiten.

3. Anlage, Heft I mit dem geltenden Zolltarif und den durch die Handelsverträge bewirkten Tarifermäßigungen sowie mit einer Reihe Tabellen über den auswärtigen Handel des deutschen Zollgebiets, dessen Bevölkerung und ihre Erwerbsthätigkeit, den Umfang der deutschen Gütererzeugung und die Ein- und Ausfuhr verschiedener wichtiger Handelsartikel während des letzten oder der beiden letzten Jahrzehnte. 155 Quartseiten.

4. Anlage, Heft II, mit einer vergleichenden Zusammenstellung des neuen Zolltarifs mit den Zollsätzen und Bestimmungen des bis jetzt geltenden Zolltarifs unter Hinzufügung der vertragsmäßigen Reduktionen. 155 Doppel-Quartseiten.

Zusammen umfaßt also das Material über 1100 Seiten; dessen Durcharbeitung und kritische Würdigung natürlich der nächsten Zeit vorbehalten bleiben muß; für heute beschränken wir uns auf einen kurzen Auszug aus den „Einseitigen Bemerkungen“ zur Specialbegründung der Getreide- und Viehzölle, da sie infolge ihres Einflusses auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse zuerst und vor allem in Betracht kommen.

Die Darstellung beginnt mit einer Aufzählung der landwirtschaftlich benutzten Fläche in Deutschland, des Umfangs des Garten- und Ackerlandes und des Anteils, den an letzterem die mit Getreide bestellte Fläche hat, dann heißt es weiter in einem Rückblick auf die Entwicklung des deutschen Getreidebaues im letzten Jahrhundert:

„Wenn Ackerbau hatten seit Mitte des neunzehnten Jahrhunderts die lohnenden Preise im Verein mit der vorausgehenden Landes- kultur-Gesetzgebung und im Zusammenhange mit dem Fortschritt in der Erkenntnis der Naturkräfte und in der allgemeinen Technik, im Besonderen aber das Aufblühen verschiedener landwirtschaftlich-technischer Nebengewerbe eine stetige Steigerung der Intensität des Betriebes bewirkt. Durch die im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts durchgeführte Einführung der Hackfrüchte — namentlich der Kartoffeln und Zuckerrüben — in die Fruchtfolge wurde allein schon annähernd eine Verdoppelung der Produktion des Ackerlandes — auf Ertrags- substanz zurückgeführt — erzielt. Diese Früchte waren im wesentlichen an Stelle der bisherigen Wachsfrüchte getreten; ihr Anbau verringerte sonach die dem Getreidebau dienende Fläche nicht, steigerte dagegen die Erträge nachhaltig durch die damit in die Wirtschaft eingeführten verbesserten Kulturmethoden (Ziefkultur, Drillkultur, Hackkultur). In sorgfamer Bearbeitung und Pflege des Acker- und der Samen-, in zweedmäßigen Feld- vereinigungen, Fruchtfolgen und Entwässerungen, in der Anwendung künstlicher Düngemittel, in der Verbesserung des Saatgutes trat die deutsche Landwirtschaft mehr und mehr in die vorbeste Reihe. Während wurde sie in den wichtigsten landwirtschaftlich-technischen Nebengewerben.“

Dann wird die der allbekannten Tatsache, daß in den fünfziger und sechziger Jahren für die Preisgestaltung des deutschen Getreides der englische Markt entscheidend war, direkt wider- sprechende Behauptung aufgestellt, für die heimische Preisbildung sei jener Zeit das eigene Wirtschaftsgebiet Deutschlands maßgebend gewesen, und des weiteren auf die durch die überseeische Konkurrenz bewirkte Preisdepression hingewiesen:

„Für die heimische Preisbildung war unter diesen Verhältnissen in der Hauptsache das eigene Wirtschaftsgebiet Deutsch- lands und dessen Ernteausfall maßgebend. Groß- britannien war ein sicherer Abnehmer für deutsches Getreide und die Ernte anderer Getreide bauenden europäischen Festlandstaaten. Nach der Höhe der Produktionskosten bestimmte sich im wesentlichen auch die Höhe der Getreidepreise.“

Durch die ungeahnt rasch fortschreitende Entwicklung und Verbilligung des neuzeitlichen Verkehrs sind die Grundlagen, die für den Abzug und die Preisbildung des Getreides früher maßgebend gewesen waren, wesentlich verändert worden. Ueberseeisches Getreide, dessen Ver-

bringung auf die europäischen Märkte fast unmöglich gewesen war, erhielt in Europa in wachsendem Umfange Zutritt, und dadurch empfangen die neu erschlossenen Produktionsgebiete ihrerseits einen stetig erneuernden Anreiz zur Vermehrung ihrer Getreide- Erzeugung durch Ausdehnung der Ackerflächen. Geringere Produktions- losen, bedingt durch niedrige Bodenpreise und durch extensiv, wenig kostspielige Bestellung, sicherten von vornherein den überseeischen Getreide- ausfuhr-Ländern einen bedeutenden Vorsprung. Seit etwa Anfang der 70er Jahre haben sie infolgedessen die Preisbestimmung für Getreide von Jahr zu Jahr mehr an sich gezogen und beeinflussten dadurch die Landwirtschaft der alten Kulturländer des europäischen Festlandes in stetig wachsendem Maße.

Als erster überseeischer Konkurrent trat Nordamerika beherrschend auf dem Weizenmarkte auf, nachdem es durch die rasche Entwicklung seines Bodenschätze seine weiten Gebiete erschlossen hatte. Die Betriebs- länge der Eisenbahnen in den Vereinigten Staaten von Amerika stieg von 59 213 Kilometer im Jahre 1866 auf 108 644 Kilometer im Jahre 1881 und auf 206 745 Kilometer im Jahre 1897. Nord- amerika wurde aber bald von Indien überholt, das seinerseits wieder Argentinien im niedrigen Preisangebot weichen mußte. Argentinien's landwirtschaftliche Entwicklungsfähigkeit ist noch sehr groß. Die An- gaben über die weizenfähigen Ackerflächen Argentinien's schwanken zwischen 84 und 96 Millionen Hektar. Von dieser Fläche waren bis zum Jahre 1897, in dem das Eisenbahnen Argentinien's 15 172 Kilometer umfaßte, erst etwas über 3 Millionen Hektar in Kultur genommen und etwa 2 Millionen Hektar mit Weizen bestellt; die Ackerfähigkeit des Weizens ist hiernach fast noch ungenutzt, wenn es auch aus wirtschaftlichen Gründen ausgeschlossen er- scheint, daß eine Ausdehnung des Weizenbaues selbst bei fort- schreitender Kolonisation bis zur Gesamtlänge des weizenfähigen Bodens jemals stattfinden konnte. Von 1888 bis 1896 stieg die Weizenanbaufläche von 815 438 auf 2 040 693 Hektar. In den vier Hauptweizenprovinzen Buenos Aires, Santa Fe, Entre Rios und Cordoba ist der Weizenbau in den 7 Jahren von 1888 bis 1895 von 771 536 auf 1 984 152, also um 1 212 616 Hektar oder 107 Proz. gestiegen.

Die Folge des Wettbewerbs entgegen und billig arbeitender Produktionsgebiete war ein anwachsen des Fallens der Getreidepreise seit Mitte der 70er Jahre. Ganz besonders tritt dies bei Roggen und Weizen hervor. Die Preise des Vrotgetreides betragen z. B. in der preussischen Monarchie für die Tonne in Mark:

in den Jahren	Roggen	Weizen
1871 bis 1875	170,2	235,2
1876 bis 1880	168,4	211,2
1881 bis 1885	160,0	189,6
1886 bis 1890	143,0	175,8
1891	205,5	218,7
1892	176,0	188,8
1893	127,8	146,9
1894	118,0	185,0

Nachdem auf die Bewegung der Dougliger und Mannheimer Großhandelspreise für Weizen und Roggen während der Jahre 1894/1900 Bezug genommen ist, wird darauf weiter ausgeführt:

„Die deutschen Landwirte suchten zunächst einen Ausgleich der erwähnten Verschiebungen mit Hilfe der Wissenschaft und Technik zu schaffen, um den stetig wachsenden Ausfall im Preise durch die Steigerung der Produktion nach Menge wie nach Güte wettzumachen. Dies Streben erstreckte sich besonders auch auf die landwirtschaftlich-technischen Nebengewerbe, die eine hervorragende Ausgestaltung er- fuhren. Als Beispiel kann der Zuckerrübenbau und die Zuckerr- fabrikation dienen. Während aus je einem Doppelcentner Zuckerr- üben in den Jahren

1875/80	8,1 bis 8,2 Kilogramm Rohzucker und
1880/5	8,8 bis 10,8

gewonnen wurden, lieferte dieselbe Menge in den Jahren 1890/5 12,0 bis 12,4 Kilogramm Rohzucker. Ein Hektar mit Zuckerrüben bestellter Ackerfläche ergab durchschnittlich:

1873/7	22 Doppelcentner Rohzucker
1888/92	38
1897/8	39

Das Fortschreiten zu intensiverem Betriebe namentlich des Ackerbaues ist in neuerer Zeit durch verschiedene Umstände ver- langamt worden, so durch die Verteuerung wichtiger Rohstoffe, durch die Verteuerung des Geldstandes, namentlich aber durch die schwieriger gewordenen Beschaffung der erforder- lichen Arbeitskräfte.“

Es folgen nun verschiedene tabellarische Uebersichten über den Rückgang der landwirtschaftlichen Bevölkerung nach den Verzeichnissen von 1882 und 1895, an die sich die Frage schließt, wie weit bereits der Arbeitermangel eine geregelte Fort- führung des landwirtschaftlichen Betriebes in Frage stellt:

„Da Anhaltspunkte zur Feststellung der Verminderung der Kapitalintensität nur schwer zu gewinnen sind, wird nach außen hin naturgemäß zunächst nur die Verminderung der Arbeitsintensität erkennbar. Eine solche ist nach den Verichten der landwirtschaftlichen Centralvertretungen nicht zu bezweifeln. Der Mangel an Arbeits- kräften hat schon — wenn auch nicht überall — zu geringerer Pflege der Saaten (Weizen, Unkrautvergiftung usw.), zu weniger sorg- fältiger Bestellung des Acker- und Einbringung der Ernte (ein- fache und leichtere Ackerung, nicht rechtzeitige Einfaat usw.), in einzelnen Landstrichen bereits zur Umwandlung von Ackerflächen in Weide oder Wald genötigt. Namentlich im Westen des Reichs mit seinen vielen besonderen Kulturen und kleinen bäuerlichen Besitzungen, in denen der Bedarf an Arbeitskräften nur in geringem Maße durch Maschinen zu ersetzen ist, wird die Aufrechterhaltung einer zweek- mäßigen Betriebsweise immer schwieriger. Nach dem Jahresbericht des landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreußen für das Jahr 1899 führt der Mangel an Arbeitern vielerorts dazu, selbst geborenes Acker- land in Feldgrünmähe- oder Weide-Anlagen niederzuliegen.“

Unter dem Druck des verminderten Arbeitsangebotes trat im Jahre 1900 eine Steigerung der Löhne ein, die vielfach auf 50 Proz. und mehr angegeben wird. Dabei ist noch in Betracht zu ziehen, daß die Löhne in den vorangegangenen beiden Jahrzehnten in vielen Gegenden, namentlich des Ostens, sich schon stark erhöht hatten. Welche Wirkung diese Lohnsteigerungen auf die Produktionsbedingungen

Haben, läßt sich daraus entnehmen, daß bereits unter den früheren günstigeren Arbeiter- und Betriebsverhältnissen der Anteil der Arbeitslöhne an dem gesamten Wirtschaftsaufwand weitaus an erster Stelle stand.

Bei der Eigenart des landwirtschaftlichen Betriebes entfällt die Steigerung des Arbeitslohnes naturgemäß zum weitaus größten Teile auf die Erzeugnisse des Ackerbaues.

Als eines der Kennzeichen für den Gang der neueren Entwicklung kam die Höhe der Pachtpreise der preussischen Domänen gelten. Noch im Jahre 1892 zeigte sich in diesen Preisen eine Steigerung; vom nächsten Jahre an veränderte sie sich in einen stetig wachsenden Rückgang, der im Jahre 1897 nahezu 20 Proz. der früheren Pacht betrug.

Zur Veranschaulichung der früheren Pachtsumme betrug die Steigerung oder der Rückgang bei den neuen Pachtpreisen:

1892	= 5,28 Proz. Steigerung
1893	= 6,07 " Rückgang
1894	= 9,06 " "
1895	= 10,68 " "
1896	= 15,51 " "
1897	= 19,15 " "

1892 bis 1897 = 10,33 Proz. Rückgang.

In den letzten Jahren hat sich ein weiterer Rückschritt bemerkbar gemacht. In manchen Gegenden haben auch die Kaufpreise der Güter einen ähnlichen Rückgang erlitten.

Gerade die vorstehenden Ausführungen verdienen Beachtung, wie wir später in einem besonderen Artikel noch näher nachzuweisen gedenken. Bisher hieß es von agrarischer Seite immer, daß die Landarbeiter lebhaft an der Steigerung der Getreide- und der landlichen Bodenpreise interessiert seien, denn wenn der Landwirt hohe Preise erziele, könnte er auch hohe Löhne zahlen. Dagegen liefern die obigen Ausführungen unabweislich selbst den Beweis, daß gerade in den Jahren, wo die Getreide- und Boden- resp. Pachtpreise fielen, der Arbeitslohn der Landarbeiter am meisten zugenommen hat.

In Zusammenfassung der obigen Ausführungen heißt es dann in der Begründung weiter, ohne daß auch nur die Frage aufgeworfen worden wäre, inwieweit die Preissteigerung des Getreides durch vermehrte Ertragsfähigkeit des Bodens, Verringerung der Transportkosten, Preissteigerung anderer landwirtschaftlicher Produkte n. w. ausgeglichen wird.

Als Hauptursache der mangelhaften Lage, in welcher sich nicht nur die deutsche, sondern die ganze mitteleuropäische Landwirtschaft befindet, muß nach dem obigen Gesagten die Thatsache bezeichnet werden, daß für die Preisbildung landwirtschaftlicher Erzeugnisse unter den heutigen Verhältnissen nicht mehr die eignen, durch die wirtschaftliche, sociale und politische Entwicklung sehr langer Zeiträume bedingten Produktionskosten maßgebend sind, sondern daß die Preisbildung beinahe ausschließlich durch ein von der neuzeitlichen Verkehrs- und Handelsentwicklung besonders begünstigtes Angebot aus Gebieten, die erstens bewirtschaftet werden und vermöge ihrer Größe gewaltige Massen mit dem geringsten Kostenaufwande hervorbringen. Unter dem Einflusse dieses Wettbewerbes haben die Preise, welche die deutsche Landwirtschaft für ihre Haupterzeugnisse erzielt, einen Stand erreicht, bei welchem sie zu den durch den intensiveren Betrieb bedingten heimischen Produktionskosten nicht mehr in richtigem Verhältnis stehen, so daß der Betrieb vielfach einen ausreichenden Ertrag nicht abwirft. Daß mit der fortschreitenden allgemeinen Entwicklung unter heutigen Wettbewerbsbedingungen der wirtschaftliche Kampf sich abschwächen wird, ist wenigstens für die nächste Zeit noch nicht anzunehmen.

Das probateste Mittel, der aus der sinkenden Tendenz der Getreidepreise sich ergebenden "Kostlage der Landwirtschaft" abzuhelfen, ist natürlich, wie einfach angenommen wird, weitere Zoll-erhöhungen:

Ein Mittel, um der Landwirtschaft die Deckung ihrer Produktionskosten zu ermöglichen, ist unter den gegebenen Verhältnissen darin zu finden, daß durch entsprechend bemessene Schutzzölle ein die Bildung des Inlandpreises beeinflussender Faktor geschaffen wird. Wenn auch dieses Mittel, wie die Preisbewegung unseres Getreides in den letzten 20 Jahren lehrt, keine sichere Gewähr für völlig ausreichende Preise bietet, so gewährleistet es doch wenigstens verhältnismäßig ergiebigeren Inlandpreis. Die Preise des Inlandes erhöhen, soweit die Verhältnisse der letzten Jahrzehnte eine Beurteilung ermöglichen, durch die Zölle eine ihrem Betrage ziemlich entsprechende Steigerung. Dies ergibt sich aus folgender Uebersicht:

im Durchschnitte der Jahre	Kornen				Weizen			
	für 1 Tonne in Mark							
	Preis in Danzig (unverzollt)	durchschnittlicher Inlandspreis	der Inlandspreis ist höher um	Betrag des Zolls	Preis in Danzig (unverzollt)	durchschnittlicher Inlandspreis	der Inlandspreis ist höher um	Betrag des Zolls
1885/7	97,50	134,00	+ 36,50	30,00	141,20	151,00	+ 9,80	30,00
1888/91	113,90	167,30	+ 53,40	50,00	140,00	193,00	+ 53,00	50,00
1892/3	102,30	138,00	+ 35,70	35,00	128,60	154,00	+ 25,40	35,00
1896/9	98,70	134,00	+ 35,30	35,00	128,80	164,50	+ 35,70	35,00

Diese Art der Argumentation bietet die Begründung der Viehzölle. Zwar heißt es, daß während der gesamten Römerbauzeit Jahren stetig an Rentabilität eingebüßt habe, dies bei der Viehhaltung nicht durchweg der Fall gewesen sei; aber die Zahl der Schafe sei von 24 999 406 im Jahre 1873 auf 19 589 612 im Jahre 1892 gefallen und wenn auch noch immer die Ausfuhr von Schafen die Einfuhr überwiege, nehme sie doch mehr und mehr ab. Eine ähnliche Begründung, die für die Notwendigkeit einer Verdoppelung des Schafzolls nichts als die Zahlen vor 1893, also vor dem Einsetzen der Handelsverträge anzuführen weiß. Ebenso wird kurz auf die Zunahme der Pferde-Einfuhr hingewiesen, und darauf weiter über den Stand der Schweinezucht berichtet:

Günstiger hat sich die Rindvieh- und Schweinezucht entwickelt. In der Zeit von 1873 bis 1897 stieg die auf 1 q Quadratkilometer entfallende Stückzahl bei Rindvieh von 26,2 auf 34,2 und bei Schweinen von 13,2 auf 26,4 Stück. Auf 100 Einwohner kamen

	im Jahre			
	1873	1883	1892	1897
von Rindvieh	38,4	34,5	35,5	35,4 Stück
Schweinen	17,4	20,1	24,6	27,3 "
Schafen	60,9	42,0	27,5	20,8 "

Rechnet man nach den üblichen Sätzen in Großvieh um (1 Rind gleich 4 Schweine gleich 10 Schafe), so ergibt dies:

	für das Jahr			
	1873	1883	1892	1897
	48,8	43,7	44,4	44,3 Stück Großvieh.

Bei der Veranschaulichung von 1895 wurden im ganzen 4 689 244 Betriebe ermittelt; nur 869 736 landwirtschaftliche Betriebe hatten kein Rindvieh. Auf die verschiedenen Größenklassen der landwirtschaftlichen Betriebe verteilte sich nach der Zählung von 1895 der Viehbestand folgendermaßen:

	Rindvieh	Schweine
unter 2 Hektar	1 415 239 Stück	3 465 980 Stück
2 bis unter 5 Hektar	2 802 900 "	2 338 588 "
5 " 20 "	6 227 233 "	4 210 934 "
zusammen	10 445 372 Stück	10 015 502 Stück

20 Hektar bis unter 100 Hektar	4 689 244 Stück	2 658 560 Stück
100 Hektar und darüber	1 087 277 "	888 571 "
zusammen	6 608 270 Stück	3 547 131 Stück

Es ist also der kleine und mittlere Viehstand unter 20 Hektar Umfang, bei dem der Schwerpunkt der Rindvieh- und Schweinezucht liegt, obwohl der Gesamtumfang der landwirtschaftlichen Fläche dieser Viehgruppen annähernd um 3 Millionen Hektar kleiner ist als die Gesamtfläche der Betriebe von 20 Hektar und darüber (14 816 308 gegen 17 701 698 Hektar).

Die oben ziffermäßig erkennbar gemachte Verstärkung der Viehhaltung wurde dadurch ermöglicht, daß Vieh und verschiedene zur menschlichen Nahrung dienende tierische Erzeugnisse (Fleisch, Milch, Butter, bis zu einem gewissen Grade auch Käse) auch unter der neuzeitlichen Ausgestaltung des Verkehrswezens zunächst noch erheblich weniger verfallensfähig geblieben waren als Getreide und Wolle, wozu bei einzelnen Erzeugnissen (Fleisch, Butter) noch die geringe Verfallensfähigkeit der ausländischen Ware hinzukam. Dem erdrückenden Wettbewerbe der Neuländer weniger ausgesetzt, vermochte sich die deutsche Viehzucht noch zu einer Zeit gedeihlich zu entwickeln, in welcher der Getreidebau unter dem ausländischen Wettbewerbe bereits aufs Schwerste zu leiden hatte. Es erkelt dies aus folgender Darstellung:

Zu der preussischen Monarchie stellte sich durchschnittlich der Preis für 1/2 Kilogramm

	Rindfleisch auf	Butter auf
im Jahrzehnt 1851/60	0,35 M.	0,73 M.
" " 1861/70	0,43 "	0,89 "
" " 1871/80	0,57 "	1,12 "
" " 1881/90	0,58 "	1,00 "

Es hat also der Viehstand bedeutend zugenommen und zwar gerade der Bestand von Rindvieh und Schweinen, die der neue Tarif mit den bedeutendsten Zollserhöhungen bedient; auch sind die Fleischpreise enorm gestiegen und wie die Begründung unter Ignorierung der neueren Statistik verweist, ganz besonders im letzten Jahrzehnt; doch alles das hilft nichts, den Ausarbeitern der Viehhaltung vor nun einmal die Aufgabe gestellt, die von den Großgrundbesitzern geforderten Zollserhöhungen zu motivieren, und so schließen sie auch unvermittelt:

Für die weitere Entwicklung der Viehhaltung bedarf die deutsche Landwirtschaft vor allem der Sicherung des Absatzes. Dieser findet sich zwar zunächst noch in hinreichendem Maße auf dem inländischen Markte; doch empfindet es sich, Maßregeln zu ergreifen, die geeignet sind, den inländischen Markt vor allzu starker Einwirkung ausländischer Viehzucht-Erzeugnisse zu bewahren. Denn durch den Ausbau des Eisenbahnnetzes in den Neuländern, durch die fortschreitende Technik in der Auspflanzung der Eisenbahnwagen und Schiffsräume an Frachtmittel jeder Art, durch verbesserte Verfahren zur Haltbarmachung der dem Verderben ausgesetzten Erzeugnisse und namentlich durch die stets sich steigende Schnelligkeit der Schiffe werden die Preisunterschiede, durch den wirtschaftlichen Fortschritt der beteiligten Länder die Unterschiede in der Güte der Erzeugnisse mit Sicherheit mehr und mehr ausgeglichen werden. Es sei hier nur auf die in Australien, Argentinien und Sibirien auf die Hebung der Unterbreitung gerichteten Bestrebungen und die dabei bereits erzielten Erfolge hingewiesen.

Auch spielt selbst heute, wie die Begründung sich anzusehen genügt, die Frage von Auswärts gegenüber der Eigenproduktion Deutschlands an Vieh nur eine untergeordnete Rolle; denn: Die Zahl der jährlichen Schlachtungen im Deutschen Reiche ist mindestens zu schätzen für:

Rindvieh einschließlich der Kälber auf 8 Millionen Stück	
Schweine	14 "
Schafe	7 "

Von anderer Seite werden zum Teil wesentlich höhere Zahlen angegeben; für Rindvieh einschließlich der Kälber gelangt eine Schätzung sogar zu einer um die Hälfte höheren Stückzahl.

Demgegenüber betrug der Ueberfluß der Einfuhr über die Ausfuhr im Jahre 1899 für lebendes Rindvieh nur 192 214 Stück = 2,4 v. S., lebende Schweine (außer Spanferkeln) nur 65 602 = 0,47 v. S., der inländischen Schlachtungen, während an Schafen sogar 120 802 Stück mehr aus- als eingeführt worden sind.

Erwägt man, daß namentlich von dem eingeführten Rindvieh ein beträchtlicher Teil nicht für Schlachtzwecke bestimmt ist, so sinkt die Bedeutung der Einfuhr an lebendem Vieh für die Volksernährung noch unter den angegebenen Verhältnissen ab.

Allerdings ist dabei auch die Fleischzufuhr in Betracht zu ziehen. Aber auch diese Zufuhr bedeutet, trotzdem sie in den letzten Jahren eine starke Steigerung erfahren hat, nicht viel. Sie beträgt beispielsweise für das Jahr 1899 noch nicht 3 Proz. des gesamten Fleischverbrauchs in Deutschland, der für dieses Jahr mit 15 Kilogramm für den Kopf der Bevölkerung auf rund 2 400 000 Tonnen geschätzt werden kann.

Indes, ob die Vieheinfuhr im Verhältnis zur deutschen Viehproduktion groß oder gering ist, sie läßt einen gewissen Druck auf die Preise, und so folgert denn die Begründung aus der Unbedeutendheit der Einfuhr nicht, daß die deutsche Viehproduktion eines gegen sie gerichteten Schutzes nicht bedarf, sondern daß es der heimischen Produktion möglich sein würde, auch das von auswärts bezogene Quantum noch zu beschaffen und zugleich dem wachsenden Bedarf des Inlands zu folgen. — wenn die bisherigen Zölle auf die im neuen Tarif angelegte Höhe gebracht würden. Ein seltsames Ding, diese Regierungs-Politik! —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. November.

Das Stahlfurter Grubenunglück.

Ueber die Ursachen des schrecklichen Massenunglücks im Stahlfurter Kaliberbau ist noch immer keine ausreichende Aufklärung gegeben. Deshalb ist ein Bericht sehr wichtig, der der „Deutschen Bergarbeiter-Zeitung“ von einem eigens entsandten sachverständigen Berichterstatter zugeht. Der Berichterstatter hat bei den Bergarbeitern selbst Erkundigungen eingezogen. Hier sein Bericht:

Am Montagmorgen, gegen 1/2 Uhr machte sich ein heftiger Erdstöß in Stahlfurt und Umgebung bemerkbar. Das ist hier schon nichts Neues mehr. Kein Mensch ahnte, daß diese Erderschütterung so verhängnisvoll für die Velegast des genannten Kaliberwerkes sein würde, da zu gleicher Zeit eine längere Strecke zu Bruch ging. Ob die Erderschütterung den Bruch bezw. Zusammensturz herbeiführte oder umgekehrt, darüber habe ich mir, nach dem bisher Gehörten, kein klares Bild machen können. Zunächst glaube ich, daß ungenügender Schutze die Salzbede in den Fischen oder Orten und Strecken hereinbrechen ließ. Es wird jedoch behauptet, daß der Druck, welcher gegen die Berichterstattung, nicht von oben, sondern von unten bezw. von der liegenden Stoffseite vor sich ging. Diese Meinung wurde von allen Bergleuten, mit denen ich sprach, vertreten. Wären die Sicherheitsvorkehrungen nicht gewesen, und hätten diese nicht vermocht, das Gebirge zu tragen, sobald Druck kam, so hätten die Leiter niedergehen müssen, was jedoch, wie gesagt, nicht der Fall sein soll. Zu Bruch ging die untere Sicherheitsstrecke auf der tiefsten Sohle bis auf eine Länge von 500 Meter. Erst vor dem Grenzweiler des Kaliberwerkes „Verleisch“ mochte der Zusammensturz halt. Wie diese Verfallensart vor sich ging und welcher Ursache sie entsprang, darüber herrscht bei den hiesigen Bergarbeitern völlige Unklarheit. Selten habe ich bei einem Massenunglück so widersprechende Darstellungen gehört als hier, und selten fand ich auch Bergarbeiter, die so wenig von der geologischen Beschaffenheit ihres Bergbaues wissen, wie die hiesigen. Woran das liegt, will ich hier nicht erörtern. Da

auch die Bergbehörde keine genaue Darstellung bisher gegeben hat, so ist ein abschließendes Urteil beim besten Willen nicht zu fassen. Vielleicht gilt, sobald die Aufklärungsbearbeitung beendet sein werden, was vielleicht noch mehrere Wochen dauern wird, der Zustand der Sohle einige Aufklärung. Die Aufklärung ist recht schwierig und mit ständiger Lebensgefahr verbunden. Nur die Gewißheit, daß noch 14 Kameraden unter den Trümmern liegen, erhöht den Mut und die Ausdauer der Rettungsmanuskraften.

Ist es richtig, daß die Wellen einer Erderschütterung sich bis in die Baue des Ludwigschachtes verloren, dann stehen wir einem Ereignis gegenüber, gegen das menschliche Kraft nichts auszurichten vermag. So sich Oeffnungen und Ausbuchtungen befinden, wird einer Verfallensart nicht gänzlich entgegengetreten werden können. Es handelt sich nur um die Frage, ob dieser Zusammensturz sich so früh bemerkbar machte, daß wenigstens die Leute sich hätten retten können. Und hier tauchen allerhand Gerüchte auf. So soll schon am Sonnabend vor dem Unglück ein heftiges Knattern des Salzgebirges sich bemerkbar gemacht haben. Hier thut eine bestimmte Erklärung der Bergbehörde recht gut, schon um der Beruhigung der Bevölkerung willen. Ist das Wahrheit, was hier andeutungsweise wiedergegeben wird, dann sind wir natürlich gezwungen, dem Urteil über die „Erderschütterung“ mißtraulich zu begegnen, selbst dann, wenn der Betrieb der in Frage kommenden Sohlen genau den bergpolizeilichen Vorschriften entsprochen hätte. Die unterrichteten Arbeiter haben nun einmal über die ganze Abbaumethode auf den Kaliberwerken ihre eigene Meinung. Der Abbau ist meines Erachtens an den einzelnen Arbeitspunkten zu umfangreich. Es werden zu große Hohlräume geschaffen, die alles andre, nur nicht die Sicherheit für den Bergmann und für den Betrieb selbst erhöhen. Daran kann auch der Bergverwalt (die Wiederansammlung der Hohlräume durch Schutt) wenig ändern.

Die Bergbehörde wird nicht umhin können, sich über die Behauptung, daß das Knattern im Salzgebirge schon einige Tage zuvor gehört worden sei, mit möglichster Klarheit auszusprechen und im Anschluß daran über die Art und Weise des Abbaues recht gründliche Aufklärung zu geben. Es muß Klarheit darüber gegeben werden, ob der Abbau den an die Sicherheit für Leben und Gesundheit der Bergarbeiter zu stellenden berechtigten Anforderungen entsprochen hat und in welcher Weise die Grubeninspektion funktioniert hat. Hätte — vorausgesetzt, daß wirklich schon einige Tage zuvor bedenkliche Anzeichen zu bemerken gewesen sind — der Betrieb nicht eingestellt werden können? Ist der Bergbehörde oder der Betriebsleitung davon etwas bekannt geworden? Wäre es ihr nicht bekannt gegeben worden, wenn, entsprechend den seit Jahren erhobenen Forderungen der Arbeiter, deren Vertrauensleute zur Grubeninspektion herangezogen waren? Gewiß wäre es dann geschehen. Ist es jetzt unterblieben, dann nur aus der bekannten und begreiflichen Scheu der Arbeiter, die Betriebsleitung auf Mißstände und Gefahren des Betriebes aufmerksam zu machen.

Die Bergbehörde hat ein ebenso großes Interesse an der Aufklärung dieser Dinge wie die Oeffentlichkeit.

Gegen den Duellworb.

Schneller als man vermutete, hat der Träger der Atrons diesmal in die Justizburger Duellaffäre eingegriffen. Und zwar in einem nicht minder unerwarteten Sinne. Der Duellgegner des Lieutenant Blaslowitz ist nicht nur nicht bezwungen worden, sondern der Hauptverantwortliche der unverantwortlichen Duellschlichterei hat sogar seinen Abschied erhalten!

Die „Königsberger Allgemeine Zeitung“ meldet nämlich, dem Oberst Freiherrn v. Reichwig und Raderj in, Kommandeur des Infanterie-Regiments Nr. 147, welchem der im Duell gefallene Lieutenant Blaslowitz angehörte, sei durch allerhöchste Kabinettsorder vom 25. November der Abschied bewilligt worden.

Reichwig war, wie die „Ostdeutsche Volks-Zeitung“ meldet, bei den Beratungen des Ehrenrats anwesend und der einzige, der den Zweikampf hätte verhindern können. Es unterliegt also kaum einem Zweifel, daß die Verabschiedung des Obersten die Ansicht des Kaisers über die Justizburger Schießaffäre zum Ausdruck bringt.

Bekanntlich hat der Kaiser bereits am 1. Januar 1897 an das Kriegsministerium eine Kabinettsorder gerichtet, die dem Duellworb strengstens sollte. Sie begann mit den energischen Worten:

„Ich will, daß Zweikämpfe meiner Offiziere mehr als bisher vorgebeugt wird.“

Diese kategorische Erklärung erfuhr dann allerdings eine Einschränkung durch den Satz:

„Es ist deshalb mein Wille, daß der Ehrenrat hinfert grundsätzlich bei dem Austrage von Ehrenhändeln mitwirken soll.“

Zunächst war die Tendenz der Kabinettsorder unverkennbar die, den Duellworb nach Möglichkeit einzuschränken.

Die Kabinettsorder hat bekanntlich eine Wirkung nicht ausgeübt. Die Namen Würdingen und Justizburg beweisen das zur Genüge.

Ueber die Umstände, die den Effekt der Kabinettsorder durchkreuzten, äußerten sich zur Zeit der Centenarfeier, die die erwartete Amnestie nicht brachte, nationale liberale Blätter wie folgt. Die „National-Zeitung“ schrieb:

„Vergnadigungen von Duellanten stehen gegenwärtig unter allen Umständen im Widerspruch nicht nur mit dem bekannten Beschluß des Reichstags und den damit übereinstimmenden Erklärungen der Regierung, sondern auch mit den neuen Anordnungen über die Zweikämpfe im Heere, als deren Zweck doch angesehen wurde, die Duelle einzuschränken; erfolgen, bevor diese Anordnungen noch irgend eine entsprechende Wirkung ausüben konnten, Vergnadigungen von Duellanten, so kann nur zu leicht jede derartige Wirkung verhindert werden, indem der Eindruck entsteht, daß es auf eine solche überhaupt nicht abgesehen sei.“

Und in demselben Sinne äußerte der „Hann. Courier“: „Von den Vergnadigungen, die anlässlich der Nationalfeier am 22. März ergangen sind, werden leider fast nur solche bekannt, die sich auf Duellstrafen beziehen, ein Umstand, der nach der einstimmigen Verurteilung des Duellwesens durch den Reichstag und den Anlauf zu einer Besserung durch die Kabinettsorder vom 1. Januar 1897 doppelt peinlich berühren muß.“

Die Verabschiedung des Obersten könnte ja nun als dröhnende Erinnerung an die aussehend vergessene Kabinettsorder vom 1. Januar 1897 gelten, wenn man nicht gleichzeitig wieder daran denken müßte, daß unter den Motiven der Nichtbestätigung Kauffmanns zum zweiten Bürgermeister von Berlin dessen frühere Ablehnung eines Duells als eines der ausschlagendsten allgemein bezeichnet worden wäre! —

Amerikanische Schnupspolier der Antiklerikalen.

Paris, 22. November. (Fig. Ber.) Die Debatte über die chinesische Anleihe hat das Interesse der gegenwärtigen parlamentarischen Situation in besonders grellem Licht

gezeigt. Während die Regierung mit einer Folgerichtigkeit, die fanatisch genannt werden könnte, wenn sie nicht fühlbar berechnet wäre, noch rechts herum, sucht ihre treue Mehrheit sich gewaltiam die Augen über diesen Vorgang zu verwickeln, um ja das Ministerium bis über die Wahlen hinaus am Ruder zu erhalten. Das übliche Verhältnis zwischen Ministerium und Mehrheit ist nun auf den Kopf gestellt: nicht das Ministerium regiert nach dem Willen der Mehrheit, sondern die Mehrheit stimmt, wie es der Regierung beliebt. Die staatsmännische Kunst des menschenverachtenden Ministerpräsidenten feiert da ihren höchsten Triumph.

Giebt es übrigens noch eine bestimmte Regierungsmehrheit? Zum zweitenmal seit dem Beginn der Herbstsession verdonkt die Regierung ihre Rettung den Stimmen der Melinisten, die von Waldeck-Roussell vor die aufscheindend grausame Wahl gestellt werden, um den Preis ihrer Grundsätze die Regierung zu stürzen oder aber den Ministersturz mit der Verlegung ihrer Grundsätze zu erkaufen. Daß aber die Melinisten Märtyrer ihrer Grundsätze sind, will und kann natürlich niemand glauben. Es ist vielmehr einleuchtend, daß sie ihren Vorteil dabei finden, in kritischen Augenblicken einen Teil der regulären Regierungstruppen zu ersetzen. Dadurch erreichen sie zweierlei: sie vermeiden das Ungewisse einer Ministerkrise, die bestenfalls nur für einige Monate ihnen einen Anteil an der Regierungsgewalt in die Hände spielen würde; sodann aber haben sie wohl allen Grund, auf die Unterstützung seitens der Regierung in dem Wahlkampf zu rechnen.

Wiel weniger verständlich und verständlich ist die Haltung des linken bzw. äußersten linken Flügels der alten Regierungsmehrheit, der bisher höchsten in der Presse ein kräftiges Wortlein über die Manterung des Ministeriums spricht.

So hat in der China-Debatte nur Genosse Sembat (von der antiministeriellen Fraktion) den Standpunkt einer wirklich grundsätzlichen Opposition vertreten. Selbst die Verherrlichung des Werkes der katholischen Missionen durch Waldeck-Roussell hat keinen der sonst so fanatisch antiklerikalen Redner auf die Tribüne getrieben. Ja, wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe! Ribot konnte seine Verteidigungsrede zu Gunsten der Missionen nur mit Inapper Not zu Ende sprechen, nachdem ein besonders lärmender Auftritt zur Unterbrechung der Sitzung geführt hat. Einen Tag darauf durfte Waldeck-Roussell die Missionen unter musikalischer Akkompagnation, nur von den Beifallsrufen der Merikalen und Melinisten unterbrochen. Und doch wäre es begrifflicher gewesen, wenn die Linke in diesem Fall dem stets kirchenfeindlichen Ribot mehr Achtung bezogen hätte, als dem Ministerpräsidenten, der in der Debatte über das Vereinsgesetz das gerade Gegenteil von seinen letzten Ausführungen über die historische Rolle der Mönchsorden gesagt hatte.

Nach dreitägigen Debatten hat die Regierung übrigens nur den Uebergang zur Einzelberatung der Anleihe-Vorlage durchgeführt. Was diese Vorlage selbst ist, läßt sich augenblicklich nicht sagen. Die Regierung hatte 265 Millionen Franz verlangt, die Budgetkommission reduzierte die Anleihe auf 210 Millionen unter Streichung der Entschädigungsummen für die Mönchsorden und die franco-belgische Eisenbahn-Hang-Nau-Belag; dann wurde im Laufe der Debatte ein Antrag Ribot an die Budgetkommission verwiesen, der die Anleihe auf 195 Millionen herabsetzt, d. h. der Betrag der Entschädigung der französischen Staatskasse. Die Hauptsache aber ist der Konflikt zwischen der radikalen, d. h. ministeriellen Budgetkommission und dem Ministerium. Die ministerielle Vorlage wird nur von der antiministeriellen Kommissionsmehrheit gutgeheißen. Rechter Hand, linker Hand, alles verkauft. . .

Die Debatte wird erst am Montag fortgesetzt. Bis dahin kommt vielleicht eine Verständigung zu stande. Andernfalls wird die Regierung, die ihre Existenz an die sofortige Entschädigung der Missionen geknüpft und diese letzteren mit den unwandelbaren Interessen des Vaterlandes vergleicht hat, auch in der entscheidenden Abstimmung über die Vorlage selbst nur mit Hilfe der Melinisten siegen können.

Die Mehrheit (340 gegen 165 Stimmen), die gestern die Regierung gerettet hat, ist wesentlich eine „Konzentrations“-Mehrheit, d. h. eine radikal-melinistische Mehrheit, wie sie für ein Kabinett Ribot nicht besser gedacht werden kann. Die Minderheit besteht im wesentlichen aus der äußersten Rechten und äußersten Linken mit Einschluß einer Anzahl Linksradikaler. Von den Sozialisten haben sich sieben der Abstimmung enthalten (ein letzter Tribüne an den unentwegten Ministerialismus!), die übrigen stimmten mit der Minderheit. Man darf also nunmehr mit Zug und Recht sagen, daß das Kabinett Waldeck-Roussell eigentlich den Platz eines Kabinetts Ribot usurpiert. Dadurch veräufert es die politische Situation, zerlegt es die bisherige Parteigruppierung und bereitet seinen blinden Parteigängern schlimme Enttäuschungen vor.

Die Vermutung unfreier Korrespondenten, daß es dem Kabinett Waldeck-Roussell gelingen werde, einen Aufstand für seine kirchliche Chinapolitik zum Abschluß zu bringen, scheint sich zu bestätigen. Wenigstens ist es ihm bereits gelungen, die ministerielle oder antiklerikale Mehrheit der Finanzkommission anzuschließen und für die Regierungsvorlage von 265 Millionen zu gewinnen. Es kann demnach als ziemlich sicher gelten, daß auch die Kammermehrheit für die Regierungsvorlage stimmen wird.

In der Montagssitzung der Deputiertenkammer wurde die Beratung des Anleiheentwurfs fortgesetzt. Guichy befragte, daß der Bericht des Generals Bohron der Budgetkommission mitgeteilt werde. Ministerpräsident Waldeck-Roussell bekämpfte diesen Antrag, der mit 425 gegen 100 Stimmen von der Kammer abgelehnt wird. —

Deutsches Reich.

Die Sackgasse.

Die Stadtverordneten-Versammlung hatte in zutreffender Würdigung der Rechtslage am 24. Oktober es abgelehnt, die Wahl eines Bürgermeisters vorzunehmen, weil der Stadtrat Kaufmann zum Bürgermeister gewählt, eine Entscheidung über seine Bestätigung oder Nichtbestätigung von zuständiger Stelle aus noch nicht erfolgt war. Gleichzeitig hatte die Stadtverordneten-Versammlung aber dem Oberpräsidenten Gelegenheit geben wollen, aus der Sackgasse, in die ihn seine Auslegung des § 33 der Städte-Ordnung gebracht hatte, wieder herauszukommen. Sie ersuchte den Magistrat, beim Minister des Innern vorstellig zu werden. Der Magistrat ersuchte darauf den Minister, die Vorlegung des Antrags beim Kaiser zu bewirken. Aber auch der Minister hat nun den Briefträgerdienst verlagert, um den er angegangen war. Er hat dem Magistrat folgende Antwort gegeben lassen:

„Die in dem Erlass des Herrn Oberpräsidenten zu Potsdam vom 6. Oktober d. J. vertretene Auslegung vom § 33 der Städte-Ordnung erachte ich auch nach Prüfung der Ausführungen des Magistrats für zutreffend. Sie entspricht dem Wortlaut, wie dem Sinne und der bisherigen Handhabung der Gesetzesbestimmung. Eine allerhöchste Entscheidung über das Ergebnis der Wahlhandlung vom 12. September d. J. ist hiernach nicht herbeizuführen. Den Stadtverordneten steht es frei, die vorgeschriebene neue Wahl vorzunehmen. Die

Personalakten des Stadtrats Gustav Stauffmann sind wieder beigefügt.“

Die in dieser Antwort niedergelegte Rechtsansicht ist, wie wiederholt des ausführlicheren dargelegt ist, mit dem Wortlaut des § 33, seiner Entstehungsgeschichte, seinem Sinne und seiner seitherigen Handhabung unvereinbar. Den Stadtverordneten ist nach wie vor v e r w e r t, eine neue Wahl vorzunehmen: Kaufmann ist von ihnen gewählter Bürgermeister. Lehnen die Stadtverordneten abnormals eine neue Wahl ab, so sieht es dem Oberpräsidenten frei, so wie es ihm bisher freistand, das Verwaltungsvorgehen gegen den Beschluß einzuleiten, nicht eher neuwählen, als bis über die Bestätigung der erfolgten Wahl entschieden ist. Weshalb hat der Oberpräsident diesen Weg bislang nicht beschritten? Nimmt er an, das Oberverwaltungsgericht würde gegen seine und seines Ministers Ansicht entscheiden? Oder hofft er auf einen Umschwung der Stadtverordnetenmehrheit? Oder endlich will er warten, bis der Magistrat, dem nun zwei Beamte den Briefträgerdienst verlagert haben, sich an den zur Beförderung von Briefen, auch solchen, die an den Inhaber des Bestätigungsrechts gerichtet sind, zuständigen Unterbeamten des Herrn Kracke oder an den Inhaber des Bestätigungsrechts selbst gewendet hat? Uns kann's recht sein. Wir können warten. —

Rechtstimmen über den „begründeten“ Zolltarif-Entwurf.

Die meisten Blätter begnügen sich damit, in ihrer gestrigen Sonntagsnummer ihren Lesern mehr oder minder umfangreiche Auszüge aus dem allgemeinen Teil der Begründung des neuen Zolltarifs zu bieten; nur wenige finden einige kritische Worte. Besonders abseits von der allgemeinen Auffassung steht mit seiner Kritik das „Berliner Tageblatt“, das zwar ebenfalls meint, die ganze Druckschrift entbehre von Anfang bis zu Ende eines streng logischen Zusammenhangs, im übrigen aber der Ansicht ist, daß die Begründung, so wie sie vorliegt, ebensogut aus der Präfabrikation des Bundes der Landwirte hätte hervorgehen können.

Dem Urteil läßt sich denn doch nicht zustimmen. Allerdings finden sich in der Begründung einzelne Stellen, welche entschieden die Ansicht des „Berliner Tageblatts“ rechtfertigen; aber diesen stehen wieder andre gegenteilige Sätze gegenüber, die dem Bunde der Landwirte und seinem direktoralen Triebhalm recht wenig in ihrer Agitation passen dürften: zum Beispiel die Sätze, daß die Zolltarifpreise für Weizen und Roggen amähernd um den Betrag des Zolls gesteigert werden, daß zum Emporblähen von Gewerke und Handel die Politik der Tarifverträge wesentlich beigetragen hat, daß der Zolltarif nicht die Aufgabe hat, die dauernde Erzielung von Verkaufspreisen (Getreidepreisen) in bestimmter Höhe zu gewährleisten, daß die Exportindustrie mit Recht verlangen könne, die Rücksichtnahme auf die Landwirtschaft dürfe nicht zum Schaden des Exports über das unerläßliche Maß hinausgehen usw. Je nachdem, ob man diesen Sätzen oder jenen andern, die von der Kollage der Landwirtschaft sprechen, größeres Gewicht beilegt, läßt sich aus dem Hin- und Hergerede der offiziellen Begründung die verschiedenartige Auffassung herleiten, wie denn auch — ganz im Gegensatz zum „Berl. Tageblatt“ — die „Morgenpost“ zu dem Resultat kommt:

„Nach alledem müssen wir sagen, daß der allgemeine Teil der Begründung, bei Lichte besehen, mehr gegen die hohen Agrarzölle spricht, als dafür.“

Die Begründung sucht eben, wie die „Berliner Zeitung“ richtig sagt, unvereinbare Widersprüche und Gegensätze zu vereinen, und pendelt in diesem Bestreben fortgesetzt von der einen zur andern Seite.

Auch die „National-Zeitung“ kritisiert, wie unser gestriger Leitartikel, die Vorliebe des offiziellen Attentists für die Wörter „einerseits“ und „andererseits“ und findet namentlich den Abschnitt, in dem die sozialpolitischen Einwendungen gegen die Erhöhung der landwirtschaftlichen, insbesondere der Getreidezölle, widerlegt werden, höchst unklar und widersprüchlich. Sie sieht gleichfalls in der „Unsicherheit“ der Motivierung nur einen Ausdruck der Tatsache, daß die Regierung zu einer festen, selbständigen Stellungnahme noch nicht gelangt ist; speziell bezüglich der Begründung der Minimalzölle, sagt sie, die bestenfalls den Ausführungen zeigen deutlich, „wie wenig die Regierung in dieser ganzen Angelegenheit führt, wie sehr ihre Politik darin besteht, sich anzupassen, und wie stark sie von der Gefahr dieser Anpassung an die agrarischen Forderungen, von der Notwendigkeit, immer wieder Vorbehalte gegen dieselben zu machen, überzeugt ist, aber ohne sich der Gefahr entschlossen zu entziehen.“

Für die „Kreuz-Zeitung“ existiert die „zweischläfrige“ Begründung bisher nicht, während die „Deutsche Tageszeitung“ wenigstens am Montag ein Wort der Kritik findet. Selbstverständlich setzt sie die Taktik hochgradiger Unzufriedenheit fort. Sie findet die Begründung „übersichtlich und unsicher“, „oberflächlich und widersprüchlich“, sie enthält „abgetretene Redensarten“, „wenig konsequent“, und von dem Grafen Bismarck hegt das Blatt den Verdacht, er sei gar nicht ernstlich gekommen, seine vielfachen Versprechungen einzulösen und habe den Zolltarif nur eingebracht, damit es so aussehe, als ob irgend etwas gethan sei.

Hinter der Unzufriedenheit des Agrarierorgans verbirgt sich nur die Angst, daß dieser „unzulängliche“ Zollwucher verurteilt werden könnte. Darum will man sich nicht merken lassen, wie begierig man sei, daß dieser Zolltarif Gesetz werde.

Sodochs freilich hat die „D. F.“ mit ihrer abfälligen Kritik der Zölle-Begründung recht. Aber was soll bei einer Arbeit herauskommen, die nichts als ein verlegenes Opfer des Intellekts. —

Drohender Zollkrieg.

Wie der Korrespondent des „London Standard“ dem Bureau Laffan zufolge aus Odessa berichtet, ziehen sich die Wolken eines Zollkrieges am russisch-deutschen Horizont zusammen. Die „Wiedomosti“, deren Auslassungen als ein treffender Ausdruck der öffentlichen Meinung gelten dürfen, sagt, mit der Verdoppelung des deutschen Einfuhrzolls auf russisches Getreide schwinde endgültig jede Möglichkeit auf Erneuerung eines Handelsvertrages zwischen beiden Staaten. Diese Tatsache werde von dem offiziellen Organ des Finanzministeriums und dem Repräsentanten der russischen Presse in lauten Worten hervorgehoben. „Wir stehen“, so schließt die „Wiedomosti“, nunmehr einem unvermeidlichen Zollkrieg mit Deutschland gegenüber. Wir werden weise handeln, wenn wir mit untrer ganzen Energie mit allen unsren Hilfsmitteln bis aufs äußerste einen Kampf durchsetzen, der uns von den deutschen Großgrundbesitzern, Junkern und Kapitalisten, die in dem Grafen Bismarck ein gefügiges Werkzeug gefunden haben, ausgezungen worden ist.“

Wucher-Proteste. Aus Göttingen wird telegraphiert: Eine ungeheure Massenversammlung nahm einstimmig eine Resolution an, die stammenden Protest gegen die Kornzölle erhebt.

Der Reichstag.

Nach offiziellen Feststellungen werden die Fraktionen des Reichstags beim Beginn des 2. Abschnitts der 2. Session der 10. Legislaturperiode folgende Stärke aufweisen: Deutsch-Konservern 51, Deutsche Reichspartei 20, Deutsch-sozialistische Reformpartei 10, Centrum 106, Polen 14, Nationalliberale 51, Freistimmige Vereinigung 13, Deutsch-freistimmige Volkspartei 26, Deutsche Volkspartei 7, Sozialdemokraten 56, keiner Fraktion gehören 37 an.

Die erste Materie, mit der der Reichstag sich in seiner Sitzung nach dem Zusammenritt befassen wird, ist die zweite Lesung der Seemannsordnung und der Strandordnung. Letztere dürfte das Plenum auf kurze Zeit beschäftigen, während die Seemannsordnung mit ihren 105 sozialdemokratischen Anträgen viel Zeit und Arbeit in Anspruch nehmen wird.

Der Seniorenkonvent des Reichstags, der sich über die Gleichverteilung des Hauses schlüssig machen wird, ist bereits auf Dienstag zusammenberufen. —

Eine Antwort der preussischen Universitätsverwaltung auf die Angriffe des Prof. Michaels kündigt die „Nordd. Allgem. Zeitung“ wie folgt an:

Ein Straßburger Professor, der Senior der dortigen philosophischen Fakultät, hat es für angemessen gehalten, in einem Artikel, welcher in der hamburgischen Wochenchrift „Der Lotte“ (Heft 8 vom 28. November d. J.) veröffentlicht ist, aus Veranlassung der Berufung des Professors Dr. Spahn nach Straßburg die preussische Universitätsverwaltung der letzten Jahrzehnte einer absprechenden Kritik zu unterziehen und dabei namentlich eine Reihe von gehässigen Angriffen gegen den Direktor der ersten Unterrichtsabteilung zu richten. Wir werden nicht verfehlen, diesen Artikel in den nächsten Tagen auf Grund des uns inzwischen zugegangenen Materials einer so eingehenden Beleuchtung zu unterziehen, wie er es verdient.“

Der Artikel verdient nicht nur eine eingehende, sondern auch eine wahrhaftige Beleuchtung. Zur Ermittlung der Wahrheit aber ist es erforderlich, daß die preussische Universitätsverwaltung ein offizielles Blatt geeignet, dessen Lebenslauf es ist, die Wahrheit aus der Welt zu schäwen.

Wir können uns mithin auf einen völlig nichtssagenden Reinigungsversuch üblicher Methode gefaßt machen. Die gereizte Ankündigung der „Nordd. Allg. Ztg.“ beweist aber jedenfalls, daß die späten Pfeile des Prof. Michaels — den das offizielle Blatt vorläufig durch Verschweigung seines Namens bestraft — gut getroffen haben.

In einer neuerlichen Erklärung verlangt Prof. Mommsen, „daß die Universitäten, ihrem Namen entsprechend, den ungleichen Weltanschauungen die Thore offen halten sollen“.

Wir denken sehr verschieden; aber noch ist kein Akademiker darauf verfallen, auf diesen Gebieten die Zusammenführung einzuführen und für die entgegengelegten Auffassungen besondere Kammern einzurichten. Die Universität ist der große Fechtboden des deutschen Geistes; wir bekämpfen unsere Gegner außerhalb und innerhalb derselben, indes auf denselben Waffenplatz und mit gleichen Waffen. Aber ihren Waffenplatz für sich und ihr ungehörtes Gähnen begehren diejenigen Katholiken, welche derartige katholische Professuren fordern.“

Katholiken hin, Katholiken her — wo hat die Weltanschauung der Sozialdemokratie ihren Platz auf dem „großen Fechtboden des deutschen Geistes“? —

Für neue indirekte Reichsteuern tritt die „Kreuz-Ztg.“ ein und redet dem Centrum gut zu, seinen Widerstand fallen zu lassen. Bekanntlich ist es eine gesetzlich festgelegte Bestimmung des Flottengesetzes, daß die Mittel nicht durch neue Steuern auf Konsumgüter aufgebracht werden dürfen. Erst müßte also auf die Flottenvorlage Verzicht geleistet werden, ehe man neue Steuern dieser Art bewilligt. —

Abg. v. Frege soll in einer Versammlung in Vorna die Absicht kundgegeben haben, sein Reichstags-Mandat in nächster Zeit niederzulegen.

Die Schicksalschläge häufen sich für den Reichstag. Erst nicht mehr Vizepräsident und nun nicht einmal Abgeordneter! —

Der Breschener Polenprozeß und die boerenfreundliche Presse.

Aus London wird uns geschrieben: Der „Manchester Guardian“, der eifrige, rücksichtslosste Bekämpfer Chamberlains, schreibt heute in einem Leitartikel über den Aufseßen erregenden Polenprozeß: „Die Methode, durch welche es der preussischen Regierung gelangt, die Polen zur Verweisung zu bringen und die Herrschaft Preußens über die polnischen Provinzen abzuschwächen, fand eine schmerzvolle Illustration an dem Breschener Prozeß. . . Die richterlichen Urteile sind maßlos streng, wenn man die väterlichen Gefühle in Betrachtung zieht; sie werden gewiß nicht dazu beitragen, ihre Liebe für die preussische Bureaukratie zu erhöhen. Die hundertjährige Polenverfolgung hat offenbar gar nichts genügt, wenn die preussischen Behörden jetzt zu solchen strengen Maßregeln greifen müssen.“

Der innere Krieg gegen die Polen ist in der That nicht besser als die Politik Chamberlains. —

Ausland.

Zum Generalstreik der Bergarbeiter.

Der gesetzliche Achtstundentag im französischen Bergbau.

Der französische Ministerrat hat nach längerer Anhörung des Arbeitsministers Baudin im Prinzip der Einführung des achtstündigen Tages in den Bergwerken zugestimmt. Danach soll die achtstündige Arbeitszeit von dem Moment der letzten Einfahrt bis zur Ausfahrt der ersten Arbeiter berechnet werden. Die längeren Arbeitspausen, die jetzt in den Bergwerken üblich sind, sollen nicht in die Arbeitszeit eingerechnet werden. Ausnahmen sind vorgezogen, sei es, daß solche im Interesse des Landes liegen, im Fall eines großen sichtbaren Rückschlages der Produktion, sei es im besonderen Interesse einzelner Bergwerke, in denen die Ausbente eine zu schwankende ist. Die Regierung hält diese Ausnahmen für nötig, um der unterschiedlichen Ausbente der Bergwerke und den differierenden Gebührensätzen der Vergleute gerecht zu werden. Das Gesetz soll, wie dasjenige, welches die Arbeit in der Industrie regelt, successiv in Kraft treten, und zwar dergestalt, daß vom 1. Juli nach Veröffentlichung des Gesetzes zunächst die neunstündige Arbeitszeit zur Einführung gelangt; nach Ablauf von zwei Jahren tritt die 8 1/2 stündige und zwei Jahre später schließlich die achtstündige Arbeitszeit ein. Ueber die Ausnahmen sollen nach der Meinung der Regierung die Präfekten entscheiden; sie hat sich auch damit einverstanden erklärt, daß die zu errichtenden Arbeitsräte diese Aufgabe übernehmen. Die Arbeitskommission hat nunmehr ihren Berichtspräsidenten Dillon Barrot beauftragt, den Text des Gesetzesentwurfes unverzüglich festzustellen, welcher in wenigen Tagen der Kammer vorgelegt werden wird.

Es wird sich nun fragen, ob die Vergleute dies als eine Erfüllung ihrer Wünsche ansehen werden. Ein Teil der Vergleute wird zweifellos mit der Verzögerung der Einführung des Gesetzes nicht zufrieden sein. Auch werden die vorgesehene Ausnahmen die Kritik der Vergleute herausfordern. Immerhin würden, falls die Kammer diesem Entwurf zustimmt, mit dem Jahre 1906 die französischen Bergarbeiter, wahrscheinlich als die ersten in Europa, den gesetzlichen Achtstundentag haben.

Was die Situation in den einzelnen Kohlengebieten anlangt, so sind die Vergleute des Beckens von Arzin (Nord-Departement) noch immer teilweise im Streik; jedoch ist die Zahl der Streikenden zurückgegangen. Das Komitee vom Pas-de-Calais hat einen Aufruf an die Vergleute seines Distrikts erlassen, in welchem dieselben aufgefordert werden, an dem Beschluß des Bundeskomitees festzuhalten und den Streik zu verlegen, bis die Kammer gesprochen hat. In dem Aufruf wird anerkannt, daß die Arbeitskommission der Kammer ihre Schuldigkeit thue. Hier streikt nur ein Teil der Vergleute in St. Etienne der einzige war, der für den sofortigen Streik stimmte, in einer Sitzung der Sektionsvorstände mit seiner Meinung unterlegte; die Mehrheit beschloß auch hier abzuwarten, und es wurden Delegierte nach dem Norden entsandt, welche versuchen sollen, die dortigen Kameraden zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Ferner wurde der Antrag gestellt, nach Bekanntwerden der Kammerbeschlüsse einen neuen Kongreß der Vergleute nach Paris einzuberufen.

In den Kohlenrevieren von Montceau-les-Mines sind in den letzten Tagen 12 Attentate gegen revolutionäre Sozialisten verübt worden; die Urheber sind, wie ein Depeschbureau meldet, arbeitswillige Bergleute, die den allgemeinen Ausstand verhindern wollen. Die Attentate kennzeichnen die Lage, da die Arbeitswelt warten will, bis die Kammer über ihre Forderungen beschloffen hat.

In den Bergwerken des Norddepartements wurde die Arbeit wieder allgemein aufgenommen. In der ganzen Gegend herrscht vollständige Ruhe. — In Harvas sind drei Arbeiter, welche Telegraphen- und Telefonleitungen zerstört hatten, verhaftet worden.

Oesterreich-Ungarn.

Wichtige Wahlen. In Oesterreich sind, zum Unterschied von Deutschland, die kaufmännisch Angestellten stramme Socialdemokraten. In der (staatlichen) Organisation der Geschäfte kämpfen die Christlich-Sozialen und die Socialdemokraten miteinander. Seither war der Kuegerianer Krumann Obmann der Organisation; ihn zu entfernen war die Aufgabe, die sich die socialdemokratischen Helfer für die am 24. November angeetzten Wahlen zur Krankenkasse gestellt hatten.

Bei diesen Wahlen kam es nun am Sonntag zu stürmischen Straßenscenen und blutigen Prügeleien, weshalb die Wahlen nicht beendet und die Stimmabgabe annulliert wurde. Christlichsoziale und Deutschnationalen hatten sich gegen Socialdemokraten vereinigt und gemeinsame Kandidaten aufgestellt. Der Wahltag fand in der Haupthalle des Rathhauses statt, das von 500 Mann Volkswache zu Pferde und zu Fuß umgeben war. Im Restaurant Reichshallen, das zur Hälfte an die Deutschnationalen, zur Hälfte an die Socialdemokraten als Expositionslokal vermietet war, kam es zu blutigen Schlägereien. Sessel, Tische, Gläser, Spiegelscheiben wurden, so wird dem „P. Z.“ telegraphiert, zertrümmert. Die Polizei räumte gewaltiam die Lokale und hieb mit flachen Säbeln ein, als Widerstand geleistet wurde. Die Gasse legten sich in den Straßen um das Rathaus bis zum Einbruch der Dunkelheit fort. Viele Personen wurden verhaftet.

Aus dem Telegramm geht nicht hervor, was den Anlaß zu dem Zusammenstoß gegeben hat.

Polnische Protestdemonstrationen gegen die preussische Germanisierungspolitik. In Krakau fanden antipreußische Demonstrationen statt wegen der Drangsalierung der Polen in Preussisch-Schlesien. Eine vieltausendköpfige Menschenmenge zog unter Pfeifen und Töhlen vor das Palais des Cardinals Puzina, vor das Offizierskasino und vor den „Sächsischen Hof“, wo gerade eine Vorstellung des Berliner Opernstückes stattfand. Hier brach die Menge in Pöbeleien aus. Die Vorstellung mußte sistiert werden. Erst nach 10 Uhr abends gelang es herbeigeholtem Militär, die Demonstration zu unterdrücken.

Schweiz.

Ein glänzender Sieg unfer Genossen bei den Stadtratswahlen wird aus Zürich telegraphisch gemeldet. Dort wurde Genosse Erisman mit 8193 gegen 7109 demokratische Stimmen in den Kleinen Stadtrat gewählt. Ferner wurde der Liberale Billeter mit 8091 Stimmen in Auser-Rudolf gewählt. Genosse Nieder wurde mit 2988 gegen 2335 demokratische Stimmen in den Großen Stadtrat gewählt.

Frankreich.

Belagerung des neuen Konstantinopel mit der Türkei. Der neue Konflikt mit der Pforte, der dadurch entstanden war, daß die Pforte sich geweigert hatte, dem zweiten französischen Kriegsschiffe, das in den Dardanellen stationiert war, nach seiner Ausfahrt ins Ägäische Meer die Midyapasse durch die Dardanellen zu gestatten, ist rascher noch als der erste erledigt worden. Und zwar wiederum durch die Raschgebigkeit der Pforte. Der türkische Geschäftsträger benachrichtigte den Minister des Auswärtigen Delcassé, daß in Uebereinstimmung mit seiner Forderung die Pforte genehmigt habe, daß das französische Stationschiff „La Mouette“ in die Dardanellenstraße einfahre.

Der Brigadegeneral Forrau, welcher dem Kriegsminister in seinem Tagesbefehl an die Truppen wegen der Mißregelung eines Obersten seine Mißbilligung ausgesprochen hatte, wurde strafweise zur Disposition gestellt. Das „Amtsblatt“ veröffentlicht einen diesbezügliche Beschluß des Kriegsamtes.

England.

Dr. Krause ist am Montag aus der Haft entlassen worden, da die radikalen Dissidenten-Geistlichen Stead und Kylett als Bürgen für ihn eingetreten sind.

Griechenland.

Die Studentenrevolte

hat zum Sturz des Ministeriums geführt. Obwohl das Kabinett in der Kammer — mit 109 gegen 87 Stimmen — ein Vertrauensvotum erhielt und der König den Ministerpräsidenten Theotokis ersuchte, am Auser zu bleiben, nahm Theotokis dennoch seine Entlassung. Jaimis wurde mit der Neubildung des Kabinetts betraut und überhandte dem König folgende Liste des neuen Ministeriums:

Jaimis Vorkitz, Keuheres und provisorisch Justiz, bis die Untersuchung über die Annulle abgeschlossen ist, Triandafylakos Inneres, Zopalis Marine, Monferrato Kultus und öffentlichen Unterricht, Regris Finanzen, Oberst Korpas Krieg.

Die vom König ernannten Minister leisteten am Montag den Eid. Die Arbeiten der Deputiertenkammer sind durch Urlaub für 40 Tage suspendiert worden.

Ueber die Ursachen der Studentenrevolte macht die Wiener „Neue Freie Presse“ folgende Mitteilungen:

Die Studenten der Nationaluniversität von Athen glauben für eine nationale Sache zu kämpfen. Was jetzt hat es nicht einmal neugriechische Uebersetzungen des Bibeltextes gegeben. Gerade die Griechen glaubten vor allen Völkern darin ein gewisses heiliges Vorrecht zu besitzen, daß sich ihnen der Text der Evangelien mit ihrer Nationalkultur deckte. Auch in den Zeiten, da das griechische Volkstum durch die osmanische Herrschaft verflüchtigt schien, war es die Kirche, die in dem griechischen Bibeltexte die hellenische Tradition wachhielt und viel dazu beitrug, daß die Entdeckung Homers und Platos nicht aller nationalen Empfindung verlustig wurden. Jene, die nicht wollten, daß der alte Originaltext einer neugriechischen Uebersetzung in Kirche und Schule weiche, begründen es so: Uns Griechen allein ist es unter allen Völkern der Erde gesöhnt, daß in unferer allen, allen gebildeten Griechen verständlichen Sprache die Evangelien geschrieben sind, und wir sollten den Frevler begeden, uns dieses herrlichen Vorrechtes zu begeben und um einer donalen Popularisierung der Bibel willen ins Fortan neugriechisch vorzutragen zu lassen? Die Uebersetzung ins Neugriechische erweist sich aber hoher Gönnerschaft; sogar jener der Königin. Auf die Uebersetzung ward schon seit lange hingearbeitet, aber der heilige Synod hatte selber nie seine Erlaubnis dazu geben wollen. Dazu kommt noch ein anderer Faktor. Es giebt heute in Athen eine jung-griechische Bewegung zu Gunsten der neugriechischen Volkssprache, und ihre Vertreter plaidieren dafür, daß man den griechischen Geist aus den starren Fesseln des Hellenismus erlöse. Die Bewegung richtet sich auf die Bulgarisierung der Litteratur, zunächst also der Bibel. Die Studenten stehen ihr feindlich gegenüber, und die Opposition im Parlament geht mit der Jugend der Hochschule, die, selbstsam genug, eigentlich für ein höchst christliches Ideal kämpft. Verlangt sie doch sogar das Verbot fernerer Bibelübersetzungen und die Vernichtung der bereits erschienenen.

Der Boeren-Krieg.

Uebermals eine englische Schlappe.

Aus Johannesburg wird vom Freitag gemeldet: In den Kämpfen mit dem Kommando Buzs bei Willersdorp wurde der Kommandant der englischen Truppen getötet und drei englische Offiziere verwundet. Eine Abtheilung von Mannschaften des Eisenbahn-Regiments wurde von den Boeren gefangen genommen. Auch andere britische Truppenteile hatten Verluste. Die Eisenbahntuppen waren von Boeren des Kommandos Buzs umzingelt worden, welches von dem Kommando Hof verstärkt worden war.

Nach einem ferneren Telegramm der „Daily Mail“ aus Johannesburg vom 22. d. Mis. betrug die Zahl der bei Willersdorp angegriffenen Eisenbahntuppen 100. Die Boeren waren von Grobelaar befehligt.

Die Meldungen sind zwar wiederum so unklar wie nur möglich, doch läßt sich daraus immerhin entnehmen, daß die englische Schlappe eine schwere war und die Engländer mehr als 100 Gefangene verloren!

Moensfontein, 23. November. Man hat den Anfang mit der Durchführung des Regierungsplans gemacht, ehemalige Soldaten und andre in der Oranje-Kolonie anzusiedeln. Verschiedene frühere Heerleute haben sich auf den Weg gemacht, um von Regierungsgeldern im Distrikt von Thabanku Besitz zu ergreifen.

Dann wird Kitchener auch gleich die nötigen Mannschaften mitführen müssen, um die Kolonisten zu schützen.

Gewerkschaftliches.

Verlust und Ungegend.

Achtung, Vergodert! Bei der Firma Leopold Rosenow u. Co., Sämsidstraße 6, ist Zugang wegen dort ausgebrochener Differenzen fernzuzuhalten.

Die Ortsverwaltung, J. A.: E. Dehler.

Versammlungen.

Steinseher. Eine vom Gesellenauschuß einberufene Versammlung, welche am 24. November im Räumlichen Lokal tagte, beschäftigte sich mit der gegenwärtigen Situation und den in diesem Jahre hervorgetretenen Mißständen im Steinsehergewerbe. Die meisten Steinsehermeister neigen die ungünstige Konjunktur in der Weise aus, daß sie mitunter geradezu unsinnige Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Arbeiter stellen. Es haben einzelne derselben auch schon, leider mit Erfolg, versucht, sich vor dem Zahlen des tariflich zu zahlenden Jahrgeldes dadurch zu drücken, daß sie nur solche Leute einstellen, welche „freiwillig“ auf das Jahrgeld verzichten. Diese Mißstände erfordern eine scharfe Kritik und soll der Gesellenauschuß der Innung eine diesbezügliche Resolution unterbreiten. Weiter nahm die Versammlung Stellung zu einem von der Gewerbe-Deputation eingegangenen Schreiben, worin dieselbe eine auf Grund des § 128 der Gewerbe-Ordnung eingeleitete Beschwerde betreffs Lehrlingszählerei abschlägig bescheidet. Nach Ansicht der Gewerbe-Deputation ist die „lehrende Beschäftigung“ der Lehrlinge auch dann noch nicht gefährdet, wenn auf einem Bau bei zwei Gesellen — 10 Lehrlinge beschäftigt sind! Auch hierzu nahm die Versammlung eine Resolution an, welche der Gewerbe-Deputation zugestellt werden soll.

Zur Lohnfrage teilt der Gesellenauschuß mit, daß im Gegensatz zu der vorher eingeleiteten Veräglichungspolitik jetzt plötzlich ein bedeutungsvoller Umschwung bei einem großen Teile der Innungsmitglieder eingetreten sei. Nicht nur, daß 23 Innungsmitglieder (von insgesamt ca. 60) den Antrag eingebracht haben, der von den Steinsehern beantragten Verlängerung des Tarifes und ebenso den Forderungen der Kammer zuzustimmen, sondern es besteht jetzt mit einem Male auf Seiten der Innungsmeister auch die Neigung, gemeinsam mit der Organisation der Arbeiter gegen alle diejenigen Firmen vorzugehen, wo die Einhaltung des Tarifes zu wünschen übrig läßt. Nach sehr lebhafter Debatte kam die Verlesung zu dem Schluss, dem Gesellenauschuß die Vollmacht zum Abschluß eines solchen Gegenseitigkeitsvertrages zu geben und zwar auf folgender Grundlage: 1. Gemeinames Vorgehen gegen alle Firmen, die den bestehenden Tarif nicht oder nicht vollständig anerkennen; 2. Vorzugsweise Einstellung derjenigen Arbeiter, welche infolge ihres Eintretens für den Tarif ausständig oder ausgesperrt werden, durch einen noch zu errichtenden paritätischen Arbeitsnachweis; 3. Vereinbarung eines Tarifes über die Arbeitsleistung (Maximaltarif); 4. Regelung der Lehrlingsfrage nach den Anträgen der Steinseher; 5. Bei Einstellung von Arbeitnehmern sind die organisierten Arbeiter zu bevorzugen. Ihrerseits haben die Innungsmeister die Bedingung gestellt, daß die Arbeiter es ablehnen, die Arbeiten in Regie auszuführen, falls die Behörden solches beabsichtigen. Diesem wurde zugestimmt, da die Behörden doch noch nicht socialpolitisch so weit vorgeschritten sind, daß sie die Arbeiten den Gewerkschaften als solchen übertragen und eine Regie-Arbeit in der Form, daß die Arbeiter etwa als Viertel oder halbe Magistratsbeamte angestellt werden, wobei im Interesse der Arbeiter, noch im Interesse der Gewerkschaft liegt. Ueber die endgültige Stellungnahme der Innung, bezw. die gefassten Beschlüsse, wird der Gesellenauschuß am Mittwochabend Bericht erstatten.

Der Vorstand der Freien Vereinigung selbständiger Barbier und Friseur hat sich veranlaßt gesehen, eine Mitteilung des Versammlungsberichts der Barbiergehilfen vom 11. d. M. zu geben. Demgegenüber erkläre ich, daß dem Berichtstatter ein Tertium unterlassen ist, indem er schrieb, der paritätische Arbeitsnachweis wäre erst auf Grund des Einigungsvertrages gegündet worden. Das ist meinerseits nicht behauptet, vielmehr habe ich aufschreibe die erste Kündigung des Arbeitsnachweises, welche im Jahre 1899 kurz vor den Wintertagen erfolgte, verurteilt. Die Freie Vereinigung verwahrt sich weiter dagegen, daß ein Vertragsbruch ihrerseits vorläge. Dem ist folgendes entgegenzuhalten: Auf dem Einigungsamt am 3. Juni d. J. erklärten die Arbeitgeber, daß sie bezüglich des paritätischen Arbeitsnachweises Differenzen mit den Gehilfen hätten, sie erüchten den Anschluß der Berliner Gewerkschaftskommission, die Schlichtung der Differenzen zu übernehmen. Beide Parteien erklärten sich bereit, die Entscheidung des Ausschusses anzuerkennen. Koch ehe die Sitzung stattgefunden, erfolgte die Kündigung des paritätischen Arbeitsnachweises. Weiter hat die Freie Vereinigung ihren eigenen Arbeitsnachweis schon am 15. d. M. eröffnet, während die Kündigung erst am 1. Dezember abgelaufen ist. Offenbar liegt hier ein Vertragsbruch der Freien Vereinigung selbständiger Barbier und Friseur vor. Paul Kaiser, Gröner Weg 63.

Die Schlichtergerichten Berlins hielten am Mittwoch, den 20. November d. J., eine recht gut besuchte öffentliche Versammlung in den Armirehallen ab. Reichstags-Abgeordneter E. Rosenow referierte vorerst über: „Die Arbeiterbewegung früher und jetzt“. Dem beifällig aufgenommenen Vortrage folgte dann eine lebhaft debattirte über den Stand der Lohnbewegung. Nachdem hier die zweideutige Stellungnahme der Berliner Fleischer-Innung einer herben Kritik unterzogen und das unkollegiale Verhalten sowie das Fernbleiben des Gesellen-Ausschusses aus den öffentlichen Versammlungen scharf gerügt worden war, wurde beschlossen, daß die Lohnkommission entscheidende Schritte thun soll, damit in Wäde ein endgültiges Resultat der Lohnbewegung zu verzeichnen ist. Der nächsten öffentlichen Versammlung soll hierüber Bericht erstattet werden. Außerdem erzielte die Versammlung dem Gesellen-Ausschuß der Berliner Fleischer-Innung ein Mißtrauens-Votum, weil er die Forderungen der Kollegenschaft nicht genügend respektiert, nicht rechtzeitig bei der Innung eingetreten und nicht kräftig und nachhaltig genug vertreten hat, sowie deshalb, weil er trotz wiederholter brieflicher und öffentlicher Einladungen den öffentlichen Versammlungen ferngeblieben ist. Unter Verursachung von Kosten wurde noch auf die bevorstehende Wahl der Vertreter zur Orts-Konferenz, auf die

unentgeltliche Arbeitsvermittlung des Centralverbandes und den Wert der Organisation der Schlichtergerichten hingewiesen.

Die Neue freie Volksbühne hielt ihre diesjährige Generalversammlung am Mittwoch, den 20. November, ab. Aus dem Jahresbericht ergiebt sich, daß außer den ordentlichen Vereinsvorstellungen noch 27 weitere Veranstaltungen und zwar 13 Extra-, 5 Opernvorstellungen und 9 Konzerte- und Vortragsabende stattfanden. Die Gesamteinnahme betrug 22.218,71 Mark, die Ausgabe 21.661,50 Mark; es verbleibt somit ein Bestand von 557,12 Mark. Nach Decharge-Erteilung wurde Kassierer S. Rest einstimmig wiedergewählt, ebenso die bisherigen Revisoren E. Pege, A. Glendt und J. Vogel. Ein Antrag des Kassierers, aus Anlaß der demnachst stattfindenden Aufführung von „Dantons Tod“ den Beitrag für den betreffenden Monat um 25 Pf. zu erhöhen, wurde angenommen. Schließlich gab der Vorsitzende noch bekannt, daß eine Reihe weiterer Novitäten, z. B. P. Remers „Ostergloden“, Eugenie delle Crozies „Schlagende Wetter“, Augengrubers „Aed auf der Ehr“ etc. in Aussicht genommen sind. — Der höchste Mitgliederstand im Vereinsjahre betrug 2180 Personen.

In dem Versammlungsbericht des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen (siehe „Vorwärts“ vom 22. d. M.) ist angegeben, daß von der Organisation der Gastwirtsgehilfen zwei Mitglieder, die bei einem Vergnügen der Gold- und Silberarbeiter Zettel verteilen wollten, hinausgewiesen wurden. Ich habe demgegenüber folgendes zu bemerken: Die beiden Genossen wurden anstandslos in den Saal hineingelassen. Nachdem sie mit der Verteilung nahezu fertig waren, entstand durch das Dazwischentreten des Herrn Hoffmann und der dort beschäftigten Kassierin eine solche Unruhe, daß das Fest nicht noch mehr gefördert werden, die Genossen vom Komitee gebeten wurden, das Verteilen der Zettel einzustellen. Wie man demgegenüber davon sprechen kann, die Zettelverteiler wurden unter Zustimmung des Komitees aus dem Saal gewiesen, ist mir nicht recht klar. A. Bräuner, Raunhstr. 66, Vertrauensmann der Gold- und Silberarbeiter.

Brich. In Brich fand am 17. d. Mis. eine gut besuchte öffentliche Volksversammlung statt, in welcher Genosse Veste über „Die Frau in der bürgerlichen und in der socialistischen Gesellschaft“ referierte. Nach anderthalbstündiger Rede schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf die Socialdemokratie die Versammlung.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Socialdemokratische Reichstagskandidatur für Breslau.

Breslau, 25. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die heutige Generalversammlung des Socialdemokratischen Vereines beschäftigte sich mit der Reichstagskandidatur: Das Ergebnis ist folgendes: Im ersten Wahlgang erhielten Stimmen: Eduard Bernstein 208, Oskar Schäß 183 und Liebknecht 44; im zweiten Wahlgang: Bernstein 223, Schäß 210. Somit ist Bernstein als Kandidat nominiert.

Erstakt.

Bud, 25. November. (S. H.) In der Familie des Arbeiters Mielzai existieren in Abwesenheit der Eltern vier Kinder durch Kohlendunst. Drei waren sofort tot, ein vierdes ist nachträglich gestorben.

China-Anleihe angenommen.

Paris, 25. November. (S. Z. V.) Deputiertenkammer. (Fortsetzung.) Hubbard teilt mit, daß die Budgetkommission die Höhe der Anleihe, in Abänderung ihres früheren Beschlusses, auf 265 Millionen festgesetzt hat. Berger beantragt Verlegung der Abstimmung hierüber bis zur Verteilung des Ergänzungsbudgets. Dieser Antrag wird trotz des Widerspruches des Finanzministers Cassin mit 202 gegen 238 Stimmen angenommen. Nachdem die Verteilung des Budgets erfolgt ist, wird die Beratung fortgesetzt. Kloy tritt für eine Herabsetzung der Höhe der Anleihe auf 195 Millionen ein. Auf eine Anfrage Devins erklärt Ministerpräsident Waldeck-Rousseau, er werde in der Entschädigungsfrage im fernem Orient keinerlei Unterschiede machen. Die Regierung nehme alle Pflichten an sich, welche das Protektorat mit sich bringe, wie sie auch andererseits alle daraus entspringenden Rechte für sich beanspruche. Er erwarte, daß die republikanische Majorität ihm Vertrauen entgegenbringen werde. (Beifall.) Hierauf wird die Regierungsvorlage, durch welche die Höhe der Anleihe auf 265 Millionen festgesetzt wird, mit 295 gegen 249 Stimmen angenommen. Der erste Artikel des Anleihegesetzes wird angenommen. Die Fortsetzung der Beratung folgt morgen.

Boerenkrieg.

London, 25. November. (S. Z. V.) Eine Depesche General Kitcheners aus Pretoria vom 23. November meldet: Aus einem weiteren Bericht über das Geschehen des Majors Fischer bei Willersdorp am 20. November geht hervor, daß in der Nacht vom 19. November Patrouillen von dem Posten Fischers bei Reitsfontein nach Kalkspruit zu ausgesandt wurden, um einen die Handdrift beherrschenden Hügel zu nehmen, und diesen Hügel vom Feinde besetzt finden. Fischer rückte bei Tagesanbruch nach diesem Hügel vor und wurde von Norden und Süden her gleichzeitig angegriffen, doch gelang es ihm nach und nach, eine gut gedeckte Stellung zu erlangen. Um 9 Uhr morgens flohen seine Pferde plötzlich nahe beim südlichen Ende seiner Stellung in wilder Hast, und in der Verwirrung setzte sich der Feind fest. Major Fischer und Hauptmann Langmore wurden lebensgefährlich verwundet. Die ganze Abtheilung Fischers wurde von den ungefähr 350 Mann zählenden feindlichen Truppen eingekerkert, sich um 10 Uhr morgens zu ergeben. Rimingtons Kolonne kam um 11 Uhr an, als der Feind mit Ausnahme einer kleinen Nachhut sich bereits zurückgezogen und die Gefangenen zurückgelassen hatte. Der Boerenführer Buzs, der von Rimington gefangen genommen wurde, war verwundet.

Frankfurt a. M., 25. November. Die Professoren der Universität Erlangen beschloffen, laut „Frankf. Bzg.“, an Rommsen ihre freudige Zustimmung kundzugeben.

Die Würzburger Professoren schlossen sich der öffentlichen Erklärung Rommsens an.

Verne, 25. November. (S. Z. V.) Auf der Besuche Heinrich Gustav wurden durch herabfallendes Gestein vier Bergleute verlegt. Bei drei derselben sind die Verletzungen schwer.

Paris, 25. November. (S. Z. V.) Im Namen der socialistischen Partei der Kammer wird Clovis Hugues morgen die Regierung über den Beschluß des Verwaltungsrats des Haager Schiedsgerichtshofes in der südafrikanischen Frage interpellieren.

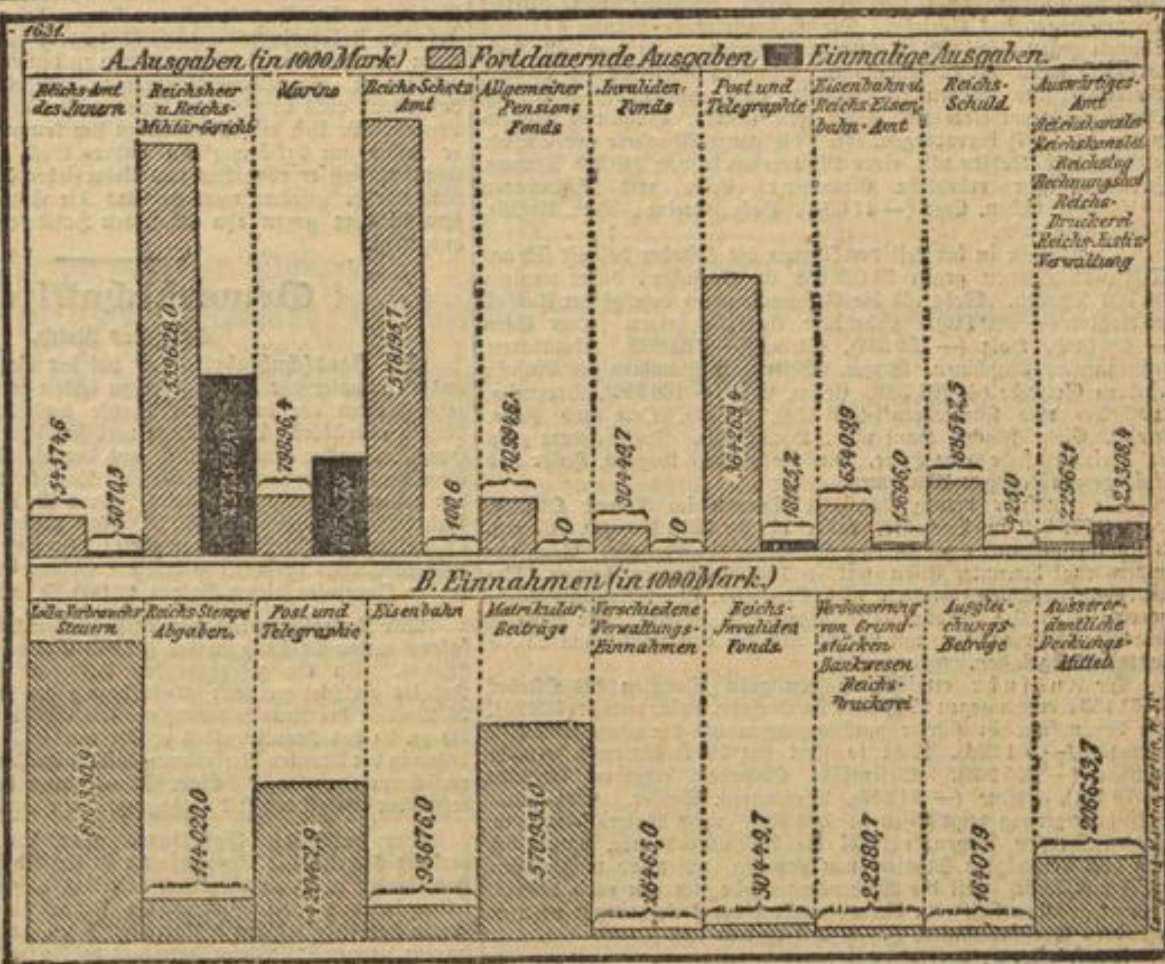
London, 25. November. (S. Z. V.) Hier wurde heute ein Faustkämpfer mit Namen Bunge unter dem Verdachte der Mißthat an dem an der Bank von Liverpool verübten Verzuge verhaftet. Die Polizei entdeckte Spuren der vermissten Gelds, deren Betrag sich auf 100.000 Pfund beläuft. Die Bank von Liverpool hat die gefassten Maßnahmen getroffen, um die Realisierung dieser Gelds zu verhindern.

Sofia, 25. November. (S. Z. V.) Die Sobranje nahm eine Vorlage an, durch welche principiell die Unabsehbarkeit der Richter ausgesprochen wird.

Shanghai, 25. November. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Der neue zeitweilige Tarif für die Einfuhr von Textilwaren, welcher die Wertzölle in spezifische Zölle ändert, ist heute in Wirksamkeit getreten. Der Tarif ist durch die China-Association in Verbindung mit amerikanischen, deutschen und japanischen Importeuren aufgestellt worden.

Die Ausgaben und Einnahmen des Deutschen Reiches 1901.

Der Reichstag, der am Dienstag seine Sitzungen aufnimmt, wird sich besonders auch mit der verzwiefelt schlechten Finanzlage des Reichs beschäftigen. Es ist daher gerade jetzt von Interesse, sich über die Ausgaben und Einnahmen des Deutschen Reichs nach dem für dieses Jahr fixierten Voranschlag ein Bild zu machen...



Jeder, der die Karte auch nur flüchtig ansieht — der Etat für 1901/02 wird noch viel schlimmer sein —, erkennt den Tiefstand unserer Reichsverwaltung. In den Ausgaben beherrschen die unproduktiven Ausgaben für Heer und Flotte das Bild.

Partei-Nachrichten.

Parteiliteratur. Für Arbeiterfeste, Gewerkschafts- und Vereinsvergünstigungen hat die Buchhandlung Vorwärts, Berlin, soeben ein neues Theaterstück ausgegeben, und zwar diesmal einen kleinen Schwanz von dem bekannten Genossen Ernst Peregay: „Die Polizei als Schlichter“.

Gemeindevahlen.

Einen feierlichen Wahlkampf führten die Parteigenossen in Schwelm (Sagen). Ihre beiden Kandidaten wurden mit 306 und 530 Stimmen gewählt, während die höchste Stimmenzahl der gegnerischen Kandidaten 291 betrug.

Zur Reichstagswahl in Breslau-West teilt uns Genosse Dr. M. Friedberg mit, daß er das Anerbieten des Wahlkomitees, ihn der Generalversammlung als Kandidaten vorzuschlagen, wegen Arbeitsüberladung von vornherein abgelehnt habe.

Aus Dr. Diederich Hahns Wahlkreise.

Darauf halte ich mich gefast gemacht: auf den Wegen und Landstraßen des Hahnschen Wahlkreises wird es nicht ganz geheuer sein. Die Scharen der wütenden Landwirte, die den Doktor in den Reichstag geschickt haben, werden hier unbezogen, wie weiland die Horden des Vandalen, kein Dach wird ohne Aufschrei sein.

In dem Hamburger Maurerzweige scheinen die Häden zu einer Verständigung vorläufig völlig abgeschlossen zu sein. In den bereits mitgeteilten Thatsachen kommt jetzt noch eine Verleumdungs-klage, die die Maurer Konrad Warstaedt und Otto Sah, beides Mitglieder der „Rechten Vereinigung“, gegen den Redacteur des „Grundstein“, Stanning, angestrengt haben...

Der Gerichtsvorsteher regte einen Vergleich an. Die Kläger stellen die Bedingung, der Beklagte solle im „Grundstein“ erklären, daß sie keinen Streikbruch begangen hätten. Das lehnte der Beklagte ab, wie er auch den Vorschlag des Richters ablehnte, zu erklären, daß die Kläger persönlich und in ihrer Eigenschaft als Arbeiter ehrenhafte Leute seien.

Der Gerichtsvorsteher regte einen Vergleich an. Die Kläger stellen die Bedingung, der Beklagte solle im „Grundstein“ erklären, daß sie keinen Streikbruch begangen hätten. Das lehnte der Beklagte ab, wie er auch den Vorschlag des Richters ablehnte, zu erklären, daß die Kläger persönlich und in ihrer Eigenschaft als Arbeiter ehrenhafte Leute seien.

Zotenspiele der Partei. In Paris starb am Dienstag der Schriftsteller und Anwalt Panagiotis Argyriades, Mitglied des Generalrats der neuen „Socialistischen Partei Frankreichs“, ein geborener Mazedonier.

und, nachdem dieses Blatt eingegangen war, den Almanach de la Question Sociale. Er verfaßt zahlreiche Broschüren und hat auch Bebel's „Franz“ ins Französische überetzt.

Aus Industrie und Handel.

Ueber die Arbeitslosigkeit haben die Gewerkschaften in Leipzig im Monat Oktober Erhebungen angestellt, die ihrer Unvollständigkeit wegen zwar weit davon entfernt sind, ein umfassendes Bild von der herrschenden Misere zu geben, doch zeigen, in welchem Maße sich in verschiedenen Berufen die Arbeitslosigkeit geltend macht.

Die Tenne aber war glatt cementiert. Das war der schönste Tanzboden. Und die Küche, die von der einen Seite in die Tenne hereinragte mit ihren glatten, wohlgeputzten Köpfen, schienen nur auf Tänzer zu warten. In den Ecken standen die neuesten Maschinen in tadellosem Zustand.

ein kleiner Teil der dortigen Arbeiter organisiert ist, so geben auch diese Zahlen nur ein sehr unzureichendes Bild von der tatsächlich in der Stadt herrschenden Arbeitslosigkeit.

Deutschlands Außenhandel im Oktober 1901. Die Einfuhr im Oktober zeigt wiederum einen Rückgang von 873 984 Tonnen gegen das Vorjahr. Die Gesamteinfuhr betrug 4 110 304 Tonnen gegen 4 484 288 Tonnen im Vorjahr. 20 von 43 Zolltarifnummern zeigen Zunahmen, worunter Getreide (+ 53 522), Material- u. v. Waren (+ 24 731), Oele und Fette (+ 10 064), Drogerie-, Apotheker- und Farbwaren (9423), Wolle und Wollwaren (+ 5687) hervorragen. Fast die ganze Abnahme der Einfuhr entfällt auf Kohlen mit einer Mindereinfuhr von 348 288 Tonnen. Weiter zeigen erhebliche Einbußen: Eisen und Eisenwaren (- 50 954), Erden, Erze (- 41 007), Holz, Steine, Zee, Abfälle, Glas, Gans usw.

Die Einfuhr in der Zeit von Januar bis Oktober beläuft sich auf 37 418 722 Tonnen gegen 38 029 688 im Vorjahre, daher weniger 610 966 Tonnen. Mehr als die Gesamtabnahme beträgt der Ausfall bei Kohlen (- 689 146). Erhebliche Ausfälle zeigen ferner Eisen (- 496 996), Holz (- 189 842), Steine (- 133 339), Thonwaren, Instrumente, Maschinen, Kupfer. Besondere Zunahme der Einfuhr erfuhren Getreide (+ 602 730), Erden, Erze (+ 168 256), Drogerie-, Apotheker- und Farbwaren (+ 81 154), Abfälle, Oele und Fette, Papier, Vieh, Fleisch, Gans usw., Baumwolle. Insbesondere zeigt die Weizeneinfuhr eine Höhe, wie nie zuvor. Roggen, Hafer und Mais zeigen dagegen Abnahmen.

Die Ausfuhr betrug 2 980 081 Tonnen im Monat Oktober, gegen 2 972 809 im Vorjahre, daher mehr 7212 Tonnen. 27 von 43 Zolltarifnummern zeigen eine Erhöhung der Ausfuhr. Ganz besonders ragt hierunter Eisen mit + 109 393 Tonnen hervor. Bedeutende Zunahmen brachten noch Drogerie-, Apotheker- und Farbwaren (+ 12 001), Material- u. v. Waren (+ 10 968). Die Ausfuhr von Erden, Erzen hat um 99 049 und die von Kohlen um 28 000 Tonnen nachgelassen.

Die Ausfuhr erreichte in den zehn Monaten bis Oktober 26 551 153 Tonnen gegen 27 073 354 im Vorjahre, daher weniger 522 201. Die Erzausfuhr ist stärker zurückgegangen als die ganze Abnahme ausmacht (- 581 264). Nicht so stark hat die Kohlenausfuhr nachgelassen (- 355 063). Wesentliche Einbußen erfuhren Getreide (- 78 141), Steine (- 81 356), Thonwaren, Papier. Eine starke Ausfuhrsteigerung zeigt Eisen (+ 584 454). Auch Material- u. v. Waren, Drogen stiegen, obwohl die Holzaustrausfuhr, namentlich nach den Vereinigten Staaten von Amerika, wesentlich nachgelassen hat, hauptsächlich, weil die Weizenausfuhr sich um rund 125 000 Tonnen gehoben hat. An dieser Zunahme der Weizenausfuhr nehmen besonders Großbritannien, Japan und Indien teil.

Hannoversche Straßenbahn. Der Aufsichtsrat hat die geforderte Entlassung des Direktors Krüger genehmigt. Herr Krüger scheidet am 1. April 1902 aus dem Amt. Die mitgliedert wird, steht die Verwaltung mit einem Regierungsrat in Verbindung, der geneigt sein soll das Amt eines Direktors zu übernehmen und den Staatsdienst zu quittieren. Gegen den Beschluß der letzten Versammlung, daß diejenigen Aktionäre, die die verlangten 25 Prozent Zuzahlung nicht leisten, unzulässiger in Bezug der Dividende gestellt werden, hat der Vorstand des Schutzvereins der Aktionäre Protest erhoben. Der Protest erachtet den Beschluß nach dem Handelsgesetzbuch als unzulässig. Von der Direktion der Straßenbahn wird dagegen eingewandt, daß Justizrat Kemper und Justizrat Abel den Beschluß für zulässig erklärt haben. Der Vorsitzende des Schutzvereins, Rentier Scheller, hat ferner an die Revisionskommission eine ganze Reihe von Fragen schriftlich formuliert, die er schriftlich beantwortet haben will. Die Beantwortung der Fragen würde gewiß die finanzielle Lage des Unternehmens klar stellen, ob aber Herr Scheller Erfolg mit seinen Bemühungen hat, ist sehr zu bezweifeln.

Einschränkung des Zuckerausbaus. Der Ostdeutsche Zweigverein der deutschen Zuckerindustrie nahm auf seiner Generalversammlung in Bromberg folgende Resolution an: „Die Versammlung spricht ihr Einverständnis aus mit dem Vorhaben des Holz Zuckerindustrials in Gemeinschaft mit dem österröngischen Kartell, eine Einschränkung des Rübenbaus möglichst in allen Rübenzucker produzierenden Ländern herbeizuführen.“

Dazu bemerkt die Hochzeitschrift „Deutsche Zuckerindustrie“: „Bei der Erörterung der Einschränkungfrage wird mitunter die Befürchtung geäußert, daß wenn einige Länder den Anbau verweigern, andre gerade deshalb die Produktion vergrößern werden. Diese Befürchtung ist aber, da es sich jetzt nicht um dauernde oder längere Einschränkung, sondern nur um eine solche für 1902 handelt, grundlos; denn die Preise des Weltmarktes, die zur Zeit herrschen, verbieten es jedem Zucker bauenden Lande, den Anbau auszuweiten; bei einem Preis von 7 Schilling giebt es kein Land auf der Welt, das an Vergrößerung der Produktion denken könnte.“

Wenn die Annahme der „Deutschen Zuckerindustrie“ richtig wäre, dann erübrigte sich auch der Beschluß einer Einschränkung.

Jahresberichte deutscher Konsumvereine. Der Konsumverein für Hohendorf und Umgegend erzielte im letzten Geschäftsjahre einen Reingewinn von 20 686 M. Rückvergütung an die Mitglieder 15 Proz. — Der Konsumverein „Vorwärts“ für Pirna und Umgegend giebt seinen Reingewinn auf 27 151 M. an. Rückvergütung 8 Proz. — Der Konsumverein für Köhlschaden und Umgegend erhöhte seinen Reingewinn von 20 965 M. auf 29 428 M. in diesem Jahre. Rückvergütung 10 Proz. — Der Konsumverein in Dresden hatte einen Reingewinn von 36 480 M. Rückvergütung 8 Proz. — Der Konsumverein in Schmolln verzeichnet 32 277 M. Reingewinn. Rückvergütung 12 Proz. — Der Konsumverein für Oschan und Umgegend schließt mit 20 453 M. Reingewinn ab. Rückvergütung 9 Proz. —

Ermäßigung der Kohlenpreise. An der Börse wurde das Gerücht verbreitet, daß das Kohlenkartell beschloffen hat, für die Zeit vom 1. April 1902 ab die Preise für Coalkohle um 1 M. und für Feinkohle um 0,50 M. herabzusetzen.

Der österröngische Außenhandel. Nach vielen unglücklichen Monaten zeigt der Außenhandel im Oktober eine kleine Besserung. Es ist nämlich die Ausfuhr namhaft gestiegen, und hierdurch hat sich das Aktivum der Handelsbilanz günstiger gestaltet als im gleichen Monate des Vorjahres. Für den Oktober und für die ersten zehn Monate ergaben sich folgende Hiffern:

	Oktober 1901	gegen 1900	Januar bis Oktober 1901	gegen 1900
Ausfuhr	101,1	+ 9,9	1532,8	- 40,5
Einfuhr	151,4	+ 2,5	1891	- 1,2
Reizausfuhr	10,4	+ 7,4	161,8	- 45,3

Diese günstigere Gestaltung im Oktober ist vorwiegend auf die folgenden Momente zurückzuführen: Die Zuckerausfuhr ist im Oktober um 207 000 Meter-Centner oder 1,5 Millionen Kronen höher gewesen als im vorigen Jahre. Die Ausfuhr an Gemüße und Obst war um 8,7 Millionen Kronen, die Vieh-Ausfuhr um 1,8 Millionen Kronen günstiger. Dagegen war die Ausfuhr von Holz und Kohle um 8 Millionen Kronen schwächer. In den ersten zehn Monaten beträgt der Rückgang der Ausfuhr 46,5 Millionen Kronen. Hier hat den Hauptanteil die Abnahme der Zucker-Ausfuhr um 18 Millionen Kronen, die Verminderung der Ausfuhr an Tieren und tierischen Produkten beträgt 20 Millionen Kronen, die Abnahme der Holz- und Kohlenausfuhr 7 Millionen Kronen. Sehr geschwächt war auch in den ersten Monaten die Fabrikatenausfuhr. Namentlich ist der Export von Papier und Papierwaren um 5 Millionen Kronen, von Holz- und Brennwaren um 3,6 Millionen Kronen, von Glas und Glaswaren um eine Million Kronen, von Eisen und Eisenwaren um 13 Millionen Kronen geringer gewesen. Die Einfuhr hielt sich ungefähr auf gleicher Höhe wie im vergangenen Jahre, trotzdem in einzelnen Positionen ziemlich erhebliche Veränderungen zu beachten sind. Bemerkenswert ist der Rückgang der Einfuhr von italienischen Weinen um etwa 10 Millionen Kronen und die Abnahme der Kohleneinfuhr um etwa 8 Millionen Kronen.

Wiesenharter Bankbetrug in Liverpool. Der Täglichen Rundschau wird aus London geschrieben: Eine der größten Bankbetrügereien, die jemals vollführt worden sind, hat sich in Liverpool ereignet, indem ein Angestellter die „Bank von Liverpool“ um 3 400 000 M. betrogen hat und bei Entdeckung des Betruges geflüchtet ist. Der Beamte soll vor kurzem begonnen haben, Chefs, die auf den Ueberbringer ausgestellt waren, für sich zu lassen und dann das Londoner Bankhaus davon zu benachrichtigen, daß die Sache erledigt sei. Am Donnerstagmorgen bemerkte der Leiter der Bank, daß etwas nicht in Ordnung sein müsse infolge von Anfragen aus London. Er ließ den Beamten zu sich kommen und dieser gab vor, er müsse zur Erklärung ein andres Buch holen. In der Zwischenzeit, verließ er ohne Hut und Ueberzieher die Bank und ist seither nicht wieder gesehen worden. Auf die Ergreifung des Flüchtlings sind in dem gegen ihn erlassenen Haftbefehl 5000 M. Belohnung ausgesetzt.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Die Handschuhfabrikation hat seit Beginn dieses Jahres unangenehm unter der Krise schwer zu leiden gehabt. Knapp bis fünfzehn Prozent der in diesem Berufe beschäftigten Arbeiter waren ständig arbeitslos. Dieser Lage veröffentlichte nun der Verband der Handschuhmacher eine Statistik, aus der die Wirkung der Krise auf die Organisation klar ersichtlich ist. Danach betrug die Ausgabe in den ersten sechs Monaten dieses Jahres für Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung nahe an 32 000 M. Man beschäftigt dabei, daß diese Organisation 8200 Mitglieder zählt. Daneben wurden noch einige größere Streiks geführt, so daß die Gesamt-Ausgabe in den ersten beiden Quartalen dieses Jahres 92 000 M. beträgt.

Der Delegiertentag der katholischen Arbeitervereine Westfalens nahm Stellung zu der geplanten Revision des Krankenversicherungs-Gesetzes. An die gesetzgebenden Faktoren soll eine Eingabe des Inhalts gerichtet werden: Ausdehnung der Unterstüßungsdauer auf 26 Wochen, bei Krankheitsausfall soll die Unterstüßung der Familie bis zu 1/4 des Krankengeldes erhöht werden. Ferner wird die Ausdehnung der Kranken-Versicherungspflicht im Umfang der Invaliditätsversicherung verlangt. Einer Schmälerung des Selbstverwaltungsrechts der Mitglieder soll entgegengetreten werden.

Der beleidigte Fabrikant. Der Vorsitzende des Centralverbandes christlicher Textilarbeiter in Krefeld hatte einen frommen Fabrikanten in Wohlstand dadurch beleidigt, daß er in Bezug auf denselben in einer Versammlung die Frage aufwarf: „Wer nur aus Kosten der Arbeitslöhne konkurrieren kann, wie soll man die Konkurrenz nennen?“ Dieser Fabrikant zahlte im Durchschnitt 20 Prozent weniger Lohn als seine Konkurrenten. Der Angeklagte wurde zu 50 M. Geldstrafe verurteilt.

Gewerbegerichts-Wahlen. Bei der Wahl zum Gewerbegericht in Selbert siegte die Liste des Gewerkschaftsfortschritts glänzend über die Liste der vereinigten Hirsch-Dunderschen und des christlichen Metallarbeiter-Verbandes.

Denselben günstigen Erfolg hatten die Wahlen in Hirschberg und Eisenach.

Als Geschäftsführer der Verwaltungsstelle Hannover des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes wurde am Sonabend der Gewerkschaft Friedrich Schlegel-Verein gewählt. Bewerbungen hatten 68 vorgelegen.

Ausland.

In der dänischen Eisenindustrie ist noch immer kein dauernder Frieden zwischen Unternehmern und Arbeitern zu stande gekommen. Die Leiter der Unternehmerorganisation arbeiten augenscheinlich darauf hin, in irgend einer Weise einen ernsthaften Konflikt zu provozieren. Nachdem die Arbeiter den Unternehmern in Bezug auf die Accords- und Ueberzeitarbeit entgegengekommen waren und auch aus Rücksicht auf die ungünstige Konjunktur gegen den Anschlag der ihnen durchaus nicht in allen Punkten genehmigen Werkstattregeln nicht einzuwenden, verlangen diese nun wieder, daß der Minimallohn bei der Aktiengesellschaft „Bulvan“ in Maribo von 33 auf 32 Oere herabgesetzt werde, widrigenfalls kein Arbeiter in irgend einer Fabrik mit mehr denn 32 Oere Anfangslohn eingestellt werde. Zwischen dem Direktor des „Bulvan“ und der Arbeiterorganisation kam ein Vergleich zu stande; die Unternehmerorganisation war aber nicht mit der Regelung der Sache zufrieden. Verhandlungen, die am Mittwoch zwischen den Vertretern der Fabrikanten und Arbeiter der Eisenindustrie stattfanden, um die Streitpunkte einem Schiedsgerichte vorzulegen, sind gescheitert. Die Arbeiter geben sich große Mühe, den Streit zu vermeiden, sie haben jetzt schon 1000 Arbeitslose zu unterstützen und diese Zahl wird im Winter noch steigen, doch wollen sie selbstverständlich auch nicht den Frieden um jeden Preis erkaufen.

Aus Schweden. Die Hafnarbeiter in Gesele haben am Freitag die Arbeit eingestellt. Veranlassung zu dem Streik ist der Versuch der Unternehmer, die durch einen Vertrag zwischen den beiderseitigen Organisationen festgelegten Löhne herabzusetzen.

Der Buchdruckerkonflikt soll durch ein Schiedsgericht entschieden werden, so wurde in einer gemeinsamen Sitzung der Vertreter der Buchdrucker-Vereine und der Verleger, die in der vorigen Woche in Stockholm tagte, beschlossen. Das Schiedsgericht soll auch einen für das ganze Land geltenden Tarif anarbeiten.

In Mailand streikten die Gasarbeiter. An Leuchtgas ist vorläufig kein Mangel.

Sociales.

Bedürftig, aber nicht würdig.

Die Straßburger Gemeindebehörden verfahren bei ihrer Notstandsaktion ganz nach dem Schema eines Wohltätigkeitsvereins. Wer Beschäftigung haben will, muß von der Polizei eine Bescheinigung bringen, die nicht nur über seine wirtschaftliche Lage, seine Familienverhältnisse Auskunft giebt, sondern die auch die Frage nach der Würdigkeit und Bedürftigkeit stellt. Eine unfremde Straßburger Parteiblätter ausgedrückt vorliegende Bescheinigung giebt darauf die Antwort: „Schon vorbestraft wegen Mißhandlung und Beleidigung. Bedürftig, aber nicht würdig.“

Wenn Stadtrat von Possemudel könnte man dieses kleinliche Verfahren noch entschuldigen; bei den Behörden einer Großstadt sollte man wirklich einen etwas größeren Gesichtskreis erwarten für die Behandlung einer Notstandsaktion. Da werden nun ca. 300 000 Mark für Edarbeiten ausgeworfen, um die Arbeitslosen zu beschäftigen, und dann soll einer nicht würdig sein, den Spaten zu schwingen, weil er mal wegen Beleidigung bestraft ist!

Aber das war ja schon seine Pflanz. Soll er nun nochmals durch Hunger läßt? Wenn er nun aus Verzweiflung noch eine Straftat begeht, um wenigstens für sich Nahrung und Obdach zu bekommen? Uebrigens muß doch die Gemeinde den Unterstüßungswohntüchtig-Berechtigten aus Armenmitteln auch unterstützen, wenn er nichts mehr hat. Dazu ist sie verpflichtet, gleichviel ob er würdig ist oder nicht. Deshalb will sie ihn verhindern, sich sein Brot ehrlich zu verdienen? Eine Gemeinde ist doch kein Wohltätigkeits-Königreich!

Aufhebung der Vordelle in Oldenburg. Auf Grund eines Ministerialerlasses sind in Großherzogtum Oldenburg am 22. November sämtliche Vordelle geschlossen worden. Bedauerlicherweise verfuhr man bei der Schließung so rücksichtslos, daß den vertriebenen Wädchen nicht die geringste Frist zur Regelung ihrer Verhältnisse blieb. So erschienen z. B. in Vant, wie der „Bermer Bürgerzeitung“ von dort berichtet wird, am Abend des Schließungstages zwei der Wädchen auf dem Gemeindebureau und verlangten Unter-

stützung, da sie völlig mittellos waren. Sie wurden an die Landes-polizei verwiesen.

Wir meinen, auch diesen armen Ausgestoßenen gegenüber hätte man so viel menschliche Rücksicht üben können, sie einige Zeit zuvor von der ihnen drohenden Nothregel in Kenntnis zu setzen.

Ein städtisches Arbeitsamt errichtet demnächst der Magistrat der Industriestadt Schwabach bei Nürnberg. Die Vermittelung ist kostenfrei und erfolgt für Gewerbebesitzer, Tagelöhner, Dienstboten und Lehrlinge. Handlungsgeldern und Lehrlinge sind ausgeschlossen. Bei Arbeitsvermittlungen und Aussparungen stellt das Amt seine Vermittelung ein.

Die Arbeitslosigkeit hat in Kopenhagen gegenwärtig einen außerordentlichen Umfang angenommen. Der allgemeine Nothstand, der unter den Arbeitern herrscht, macht sich auch ganz besonders in den Leihhäusern bemerkbar. In einer Zuschrift an die Provinzpresse, worin vor Bezug nach der Hauptstadt gewandt wird, heißt es u. a.: „Die Bauhätigkeit ist nun auf das allermindeste eingeschränkt, teils weil kein Geld zu annehmbaren Bedingungen zu haben ist, teils weil kein Bedürfnis nach neuen Gebäuden vorhanden ist. — Gewiß ist in einer Stadt wie Kopenhagen viel Wohlstand vorhanden. In unseren Sparcassen liegen ungefähr 1/4 Milliarden Kronen. Aber was hilft das, wenn sie nicht in Umlauf gesetzt werden! Und die Reihseite der Medaille ist keineswegs ergötzlich. Wenn man sich auf den staatlichen und privaten Leihhäusern erkundigt, da erfährt man, daß Tausende von Arbeiterfamilien bereits dabei sind, ihren im Lauf des Sommers erworbenen Wohlstand in Geld umzuwandeln. Und es handelt sich hier nicht um kleine Summen. Es werden jährlich nun über 7 Millionen Kronen gegen Pfänder ausgeliehen und die Zahl der Pfandobjekte beträgt nahezu zwei Millionen. Durchschnittlich muß jeder Individuum in Kopenhagen — Alte und Junge, Männer, Frauen und Kinder zusammengekommen — vier, fünfmal jährlich das Leihhaus aufsuchen, und da es selbstverständlich nur eine Winderzahl der Bevölkerung ist, die ihre Sachen verpfändert, so kann man sich leicht vorstellen, wie häufig diese Leute den schweren Weg gehen müssen.“

Die Angaben über diese kolossale Inanspruchnahme der Leihhäuser wird dem nicht mit den Kopenhagener Verhältnissen Vertrauten kaum glaubhaft erscheinen. Man muß hierbei in Betracht ziehen, daß dort die Leihhäuser überhaupt mehr in Anspruch genommen werden, als das in Berlin und andern deutschen Städten im allgemeinen der Fall ist, und auch mehr in Anspruch genommen werden können, weil man dort auch Gegenstände weit geringeren Wertes verpfänden kann, als in Deutschland.

Marktpreise von Berlin am 23. November 1901

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidenten.		Kartoffeln, neue, D.-Gr.		6 —	4 —	
Weizen, gut	D.-Gr.	—	—	Rindfleisch, Aule 1 kg	1,70	1,20
„ mittel	„	—	—	„ do. Bauch	1,40	1 —
„ gering	„	—	—	Schweinefleisch	1,70	1,30
Roggen, gut	„	—	—	Rindfleisch	1,80	1 —
„ mittel	„	—	—	„ Hammelfleisch	1,60	1 —
„ gering	„	—	—	Butter	2,80	2 —
† Weizen, gut	14,50	14 —	—	Eier, 60 Stk.	5,40	2,80
„ mittel	13,90	13,40	—	Kartoffeln 1 kg	2,20	1,80
„ gering	13,30	12,90	—	„ do.	2,50	1,40
† Hafer, gut	16,50	16 —	—	„ do.	2,50	1,20
„ mittel	15,90	15,40	—	„ do.	2,00	1 —
„ gering	15,30	14,90	—	„ do.	1,80	0,80
Mais, gut	7,82	7,32	—	„ do.	1,80	1,20
„ mittel	8,30	6,20	—	„ do.	1,40	0,60
„ gering	40 —	25 —	—	„ do.	16 —	3 —
† Gerste	50 —	35 —	—	„ do.	—	—
† Weizenroggen	60 —	20 —	—	„ do.	—	—
Linien	—	—	—	„ do.	—	—

† frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 23. November. Getreide war fest auf das Ältere Wetter. Da außerdem auch aus Amerika höhere Preise gemeldet wurden, so gewann die Weltmarkt der internationalen Getreidewerter einen festen Charakter. Am Berliner Markt war das Geschäft nicht so lebhaft, nur Weizen wurde lebhafter als bisher gehandelt und 10 Pf. besser bezahlt. Weizen und Roggen wurden per Dezember 1 M., für Frühjahrslieferung 1/2 bis 1/4 M. höher gehalten. Von Futterartikeln zog unter Einwirkung der amerikanischen Hafer 1 M., Mais 1/2 bis 1/4 M. an, doch blieb auch in diesen Artikeln das Geschäft ziemlich ruhig. Käse notierte nach einigen kleinen Schwankungen wie vorher.

Speiseöl. Am Spiritusmarkt zeigte sich rege Frage für Saccharose; das zugeführte nicht unbedeutende Quantum wurde zum unveränderten Preise von 31,30 M. schnell aufgenommen. — Schluß für Weizen und Roggen 1/4, niedriger.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Dienstag, Donnerstags und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

Richard G. Sie sollten schleunigst bei dem für Adlershof zuständigen Amtsrat auf Herausgabe der unentbehrlichen Sachen (der Bekleidungsstücke, des Schlafsofdes, des Tisches und eines verdrähtbaren Gegenstandes) klagen. Der Herr hat kein Recht, diese Gegenstände einzubehalten; Sie hätten die Sachen mitnehmen können. Rummeln können Sie aber nur klagen. — **W. Sch., Charlottenburg, Ja.**

D. G. 18. Genaue Auskunft in Lokalfragen erhalten Sie durch das Lokalkommissions-Mitglied Jores Kreises oder durch Genossen Wilhelm Hinz, Brünzstr. 66, IV. Das von Ihnen genannte Votum ist unrichtig, wie es sich aus dem Bericht der dort veranordneten Konferenz ergibt, der dem Einzelnen frei. — **Wette, Bergmannstraße.** Diese Art Spiel würde nicht als Glücksspiel erachtet werden, weil Kaufmannt, Geschicklichkeit und Berechnung der Billardspieler mehr als der Zufall den Ausschlag geben. Das Gesetz bezeichnet nicht bestimmte Spiele als Glücksspiele, vielmehr ist von Spiel zu Spiel unter Berücksichtigung aller Umstände zu entscheiden: Der Umstand, ob und wie viel gespielt wird, kann für die Frage der Gewerksmäßigkeit, nicht für die Frage entscheidend sein, ob ein Glücksspiel vorliegt, also ein Spiel, bei dem wesentlich der Zufall den Ausschlag bestimmt.

G. R. 100. 1. Die Beschwerde dürfte keinen Erfolg haben. Allerdings hat sie eine Stütze in dem Wortlaut des § 39 des Statuts. Dieser Wortlaut sieht aber im Widerspruch mit der zwingenden Vorschrift des § 34 des Krankenversicherungs-Gesetzes. Es ist danach — darüber besteht kaum Streit — unzulässig, die positive Wählbarkeit den nicht delegierten Krankenmitgliedern abzusprechen. Der § 39 muß daher so ausgelegt werden, daß die Frage, ob „Ihrer sich auf „Kassenmitglieder“ oder auf „durch Gesetz stimmberichtigte Kassenmitglieder“ bezieht, zu Gunsten der ersten Alternative zu entscheiden ist. Denn es muß in dem Streit, ob die Statuten Vorzugswidriges beabsichtigten oder ob nur ihr Wortlaut an sich nichtschonigert leidet, das letztere angenommen werden. 2. Ludwigs-Waldheim-Ruhort war in allen Wahlperioden im Reichstage national-liberal vertreten. Nur in einer kurzen Zeit der ersten Wahlperiode war der Kreis sozialdemokratisch vertreten. Der National-liberale Keller legte sein Mandat am 11. Dezember 1898 nieder. Bei der Reichswahl wurde Holtenauer mit 6792 gegen 4807 Stimmen gewählt. Bei der Wahl am 3. März 1871 erhielt der Sozialdemokrat nur 2302 gegen 9761 national-liberale und 4682 Centralrats-Stimmen.

Moskauer, 6. Die Klage wäre auschäfflos. — **M. N., S. D. R. 10.** **Z. S., C. N. Ja.** — **G. G. 78.** — Für den Betrag gelten vom 1. Dezember 1901 ab die gesetzlichen Bestimmungen. — **G. R. 153.** Falls nicht aus Ihrem Genossenschaftsvertrag das Gegenteil erhellt, ist die Verwaltung zur Belohnung verpflichtet. Verpflichtet Sie sich dazu, so haben Sie auch die Folgen einer schuldhaften Nichterfüllung Ihrer Pflicht zu tragen. — **G. T. 5.** 1. Und nicht bekannt. 2. Das ist, wie aus der Chiffre ersichtlich, Redaktionsgelheimnis. — **R. W. 25.** Nein. — **G. G. 11.** Ja.

Häbner. Sie können unter Vorlegung Ihrer Verhältnisse bei dem Magistrat, Steuerdeputation, beantragen, die Steuer außer Ordnung zu setzen. — **Strandberg.** Unbeschadet um die Ansetzung früher fälliger Steuern müssen jede zwei Jahre die Stadtratsmitglieder-Ergänzungswahlen stattfinden. — **G. W. 11.** Da ein Vergleich vorliegt, würden Sie nur im Wege der Chiffre vom Herr eine Rückzahlung verlangen können. Beim Vergleich war er berechtigt, Rechte bis zum April 1902 zu verlangen.

G. W. Ihre Forderung auf Bezahlung der Anfertigung des Kiebes ist beim Amtsgericht zu erheben. Verjährung tritt mit Ablauf des 31. Dezember 1902 ein. Die Klage können Sie zu Protokoll des Gerichtssekretärs (Amtssekretärs G. W. 11) erklären oder schriftlich einreichen. Ein Formular für solche Klage finden Sie Nr. 35 S. 229 des den Arbeiterrichter beigegebenen Führers. Das Buch liegt in den öffentlichen Verkaufsstellen aus. — **G. W. 11.** Nein.

R. 123. Nach § 77 des Einkommensteuer-Gesetzes bleibt das Wahlrecht auch dann bestehen, wenn die Vermerktauer außer Bedienung gesetzt wird. — **111 A.** Bei Jämen ist im landwirthschaftlichen Gebiet in der Regel der Befehl höherer Grundstücke den Jämen träter Hand vom Eintritt in den Haupteingang zu bauen und zu unterhalten schuldig. Hat jemand seinen Haupteingang durch einen neuen Bau verändert, so verbleibt es dennoch bei seiner Verbindlichkeit. Das sind die Vorschriften, die Sie wohl meinen.

Grösste Leistung *

Schuhwaren-Angebot

Noch nie dagewesen.

Herren-Zugstiefel, genagelt 4,00
 Herren-Schnürstiefel, eckig 4,90
 Herren-Stiefel, Kalbleder 6,00

Herren-Stiefel, Chevreaux 8,50
 Damenknopf-Schnürstiefel 4,50
 Damenknopf-Schnürstiefel, Kalbleder 5,95

Damenknopf-Schnürstiefel, Chevreaux 6,95
 Damen-Halbschuh, jedes Façon 3,25
 Damen-Hausschuh in Leder, warm Futter 2,70

Heinrich's Schuhladen, Köpenickerstr. 56.

Polyphon Musikwerke

Selbstspielende u. zum Drehen mit auswechselbaren Metall-Notenschleiben zum Preise v. 20 M. aufwärts gegen Monatsraten v. 2 M. an.

Phonographen Gramophone

erstklassige, funktionierende Apparate mit Wachswalzen u. Hartgummiplatten zum Preise v. 20 M. aufwärts gegen Monatsraten v. 2 M. an.

Phologr. Apparate

aller Systeme sowie sämtl. Zubehör u. Bestandteile. Nur erstklassige Fabrikate gegen mässige Monatsraten. Illustr. Spezialkataloge über jeden Artikel gratis u. franco.

BIAL & FREUND in Breslau II.
 30. Tinten-Strasse 30.



M. & W. Müller's Nordlicht

ganz alter feiner, vorzüglich schmeckender Getreide-Korn à Originalflasche 1 Mk.
 Za haben in allen Destillations-, Delikatessen- und Colonialwaaren-Geschäften.
M. & W. Müller, Buckowerstr. 7 (früher Waldemarstrasse 29).
 Einzige Kornbranntwein-Brennerei, Spirit- und Presshese-Fabrik Berlins in der täglich bis zu 240 Ctr. Getreide zu Trinkbranntwein verarbeitet werden.
 Prämiert m. goldenen Medaillen u. Auszeichnungen.

Wichtig für Damen!

Direkt aus der Fabrik. Nach bewährter Engros-Season verkauft die **Damenmäntel-Fabrik** Niederwallstr. 11. Kein Laden.
 Jacketts . . . v. M. 5,00 an
 Paletots 7,00
 Bestickte Capes . . . 6,00
 Golfcape . . . v. M. 5,00
 Astrachan-Kragen v. M. 11,00
 Einzelne elegante Reifensüster zu auffallend billigen Preisen. Bitte genau auf Hausnummer zu achten!

Reinhold Werner

Schneidermeister 2617L.
 jetzt nur: Gr. Frankfurterstr. 70, parterre u. I. Etage
Elegante Anzüge und Paletots
 nach Mass von 30 M. an. — Telephon Amt VII. No. 23.
 Elegante Fracks und Gesellschafts-Anzüge werden verliehen.
Puppen-Fabrik Otto Kreyszig 2654L.
 Brunnenstrasse 119, Laden und I. Etage.
Grösstes Special-Geschäft für Puppen.

Hauptgewinn je 100 000 M.
 haben die Wohlfahrts- und Rothe **Lotterie**
 33 740 Geldgewinne im Betrage von 1 150 000 Mark.
 Ziehung 20. Novbr. bis 4. Decbr. u. 16. bis 20. Decbr.
Wohlfahrtslose à M. 3,50 Porto u. Liste
Rothe Lose à M. 3,30 je 30 Pf.
Moritz Fraenkel jr., Berlin W. 8, Friedrichstr. 168.
 Begründet 1882.

Damen-Konfektion

direkt aus der Fabrik. Sein Laden!
Saison-Ausverkauf
 bedeutend herabgesetzten Preisen
 Capes
 Paletots
 Jacketts
 Abend-Mäntel
 Kinder-Paletots
Damen-u. Kindermäntel-Fabrik Robert Baumgarten
 Hausvogtelplatz 11, 2. Etage (Ecke Bernauerstr.) Auch Sonnt. geöff.

Herm. Arnhold
 Alexandrinenstrasse 110, Messplatz, 1. Etage im 2. Hof Verkauf direkt aus dem Fabrikantenlager Private auch Teilzahlung
 Modermie
 Salonkronen . . . von 21,00 Mk. an
 Speisefach-Kronen . . . 30,00
 Porz. 2,00
 Petroleumgehänge . . . 4,00
 bis zu den elegantesten Genres.
 Waschtisch, Waschtisch, Waschtisch, Petroleum-u. alte Bronzekronen werden in Zahl. grn. u. a. Wunsch auch aufbezogen.

Presskohlen
 Mittle von 5,50 M. an, Bruch pro Centner 80 Pf. ab Wag. zu haben bei
M. Herrmanns Kohlenlager, G. Mühlentstraße 12, 80. Euelstraße 5.

Frauen-Vortrag

Dienstag, d. 26. abends 8 1/2 Uhr: Rixdorf, Hermannstr. 19. über Krebskrankheit. Prof. Naturheilk. Grundmann. Kurort Rixdorf. Rixdorfstr. 72. Naturarzt. Sprechst. 11-2, 6-8.

Honig!

Unverfälscht, deutschen Bienenhonig, beste Qualität, per 9 Pfd. netto zu 6,50 M., 5 Pfd. 4 M. fr. Nachh. Garant. Nachh. 27292.
E. Reil, Nordloh, Bahnhof Auguststr. Ost.

1 1/2 Millionen Mk.

sind mit einem Los zu gewinnen. Jedes Los mindestens ein Gewinn. Der kleinste Treffer beträgt mehr als der Einsatz. Daher kein Risiko. Keine Klassenlotterie, keine Serien- oder Ratenlose. Gesetzt erlaubt! Kein Schwindel! Jeder überzeuge sich und verlange Prospekt.
P. Seidenfaden, Mühlhausen 181 (Thüringen).

Gänsefedern 60 Pf.

gr. Gänse (größere zum Reizen), 2 Schlaffedern, wie sie v. d. Gänse fallen, mit allen Taunen M. 1,50, kleinerer Gänsefedern M. 2,00, beste bannige Waare M. 2,50, russische Taunen M. 3,50, weiße bannige Taunen M. 5,00, gefüllte Federn M. 1,50, 2,00, 3,50, Prima gefüllte M. 3,00, 2,50. Versand gegen Nachnahme.
Gustav Lustig, Berlin S., Eyer-Weißfärbefabrik m. elektr. Betriebe. Viele Anerkennungs-schreiben.

Dr. Schünemann,

Spezialarzt für Haut-, Genu- und Frauenleiden. Seydelstr. 9. Sprechstunden: 1/12-1/3, 1/6-1/8.

Geld!

Wer Darlehen oder Depoiten sucht, verlange Prospekt von **H. Pittner u. Co.,** Hannover B.

Jedes 5 Pfennig. Wort: 5. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben nicht doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Dönhofsstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Restauration wegen Todesfalls sofort zu verkaufen. Zu erfragen Niederlage der Brennerei G. Veitum, Dönhofsstr. 80. 479*

Gangbare Restauration, Hof, Kaffeehandlung, billig zu verkaufen. Zu erfragen bei Stolzenburg, Weidenstr. 41/42. 407*

Garbinnenhaus Grobe Frankfurter-Brude 9, parterre. 457*

Vorläufige elegante Herren-Winterpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonntag und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21, II. 478*

Stoffe, Herrenanzüge, wegen Aufgabe billig zu verkaufen. Anhalterstr. 25. 1674*

H. Dörge, Dresdenstr. 109. Herren-Garderoben nach Maß, feinste Arbeit, großes Stofflager. Paletot 30,-, Anzug 30,-, Hufe von 5 Mark an. Teilzahlung gestattet. 911K*

Reifenhandlung, Stoffe zu Paletots, Anzüge, Damenjackets, Sack, Bluse, Sammet, Reibstoffe, Anzüge nach Maß. Scholz, Köpenickerstr. 81. Sparverein Köpen. 1141*

Wegeneine Wappensteinen 15 Pfennig, bessere Sachen hauben billig verkauft. Das Fabrikkomplex früher Bernauerstr. 18, jetzt Köpenickerstr. 25a, I. Ecke Alexanderstr. 9292*

Sportbillig! Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Uhren, Winterpaletots verkauft Leichnam, Alexanderstr. 6. 9293*

Möbel-Gesellschaft beim Kustentor Otto Widde, Köpenickerstr. 25 (Köpenickerstr.), liefern zum sportbilligen Preise neue gebogene und wenig gebrauchte Einrichtungen, ein Posten Säulentrümpfe 20,00, Salontrümpfe 20,00, Zimmerteppiche 8,00, Tischschränke, Salongarnituren, Paletots, Sofas, Anfertigen, Büfets, Schreibtische, Bücherregale, Salonbilder, gezeichnete Nebengarnituren, Divandee, Stores, Steppdecken, Salontischen, Tischschichten 5,00. Verschickene Gegenstände. Gefährlich! 1913K*

Harmonika, Bibern, Geigen, Spielwerke, Violen, billig, Perlebergstr. 50. 477*

Mähmaschinen, preiswerte Belegungsstücke, ohne Zählung, Marke 1,00, Lieferung nach allen Stadteilen sofort. Landbergerstr. 82, Köpenickerstr. 60/61. 22606*

Teppiche! (lederbaste) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Hofscheiderstr. 4, Bahnhof-Büro. 119/14*

Gelegenheit! In meinem großen Möbelspeicher mit eigener Lagerverwaltung verkaufe zu sportbilligen Preisen: Trumeaus, Kücheneinrichtungen, Tischschichten mit Federwatte 53, Tischschichten 55, Ruberbetten 18, Schlafsofas 40, Gabelgarnituren 100, komplette Zimmereinrichtungen in jeder Preislage. H. Hofmann, Möbelspeicher, Stallschreiberstr. 5. 9162*

Räumungshalber verkaufe zu Spottpreisen: Kücheneinrichtungen, Kleiderbügel, Perlefont, Schlafsofa 42, Trumeaus, Tischschichten 50, Schreibtische, Bettstellen mit Federwatte, Paletots 80, Gabelgarnituren 100, Tischschichten 80, nur allein beim Kaufmann. Händler 5 Prozent Ermäßigung. H. Hofmann, Schönhauser Allee 17. 9162*

Tischschichten, wie neu, 50,00, Tischschichten 10,00, Säulentrümpfe 15,00, Reibschicht, Berlin, ganze Tischschichten sportbillig, Gartenstr. 148 vom 1. links. 7436*

Teppiche mit Jordensteinen, Kaffeehandlung Grobe Frankfurter-Brude 9, parterre. 457*

Uhren, Altbere Remontoir, 5, 6, 8, Beden 1,80, 2 M. Reparaturen billig. Schneider, Brunnenstr. 137. 12148*

Fahrräder 15,00, 20,00, 25,00, eleganteste 45,00-60,00. Fahrrad-Verkaufsbüro allerbilligst Bernauerstr. 21, I. 2169*

Mähmaschinen und Feuer-Behandlung vermittelt Gustav Schmidt, Solmsstr. 43, Hof Keller. 857*

Gasheizöfen! Sparöfen! 6,00, Reibschicht 8,00, Buehlosgaslocher 3,00, Gashelg! Apparate billig! Wohnhaus, Wasserklosettsstr. 27 und 28. 2174*

Eisernen Ofen verkauft billig Singer, Köpenickerstr. 18. 913K*

Christbaumzweige für Händler, von 20 Pf. an, große Auswahl. B. Müller, Albrechtstr. 16, Hof rechts IV. 2154*

Malztraktier, blutbildend für Blutmangel, Brustkrankheiten, Schwäche, Gewichtszunahme, bessere Weichheit, Adressbuch, 14 Flaschen 3 Mark, 1/2 Liter 3,50. Qualität nicht klagen, Qualität nicht klagen. Portiererei Ringier Bernauerstr. 119. 1342*

Kanarienvogel, separat, 5 Mark an, entsprechende Papageien, Vögelchen, Dompfaffen, Stieglitz, Heilige, Vogelhandlung, Oranienstr. 87. 22708*

Steppdecken billig! Fabrik Grobe Frankfurter-Brude 9, parterre. 457*

Pancetta mit Brett, hochfein, für jeden Preis. Welche haben verkauft, gut zum Verarbeiten, Vintnerstr. 187, I. rechts. 22708*

Grüntrange (Häft) mit Rolle und Zubehör zu verkaufen (zu fahren alle Tage) Oberbergerstr. 17. 4130

Kanarienvogel 4,00, Vorschläger 8,00 Schmidstr. 31. 189/17

Erziehmaschinen, Schuhmachermaschine, Schneidemaschine, gebrauchte, sportbillig, Vintnerstr. 187, I. rechts. 22708*

Vermischte Anzeigen.

Ritter-Unterricht erteilt gründlich Quise Watz, Johannisstr. 6, Quergebäude IV. 2195b*

Rechtsbureau, Telowestr. 4, Kattentelung. 9212*

Rechtsbureau, Julius, Eiferstr. 55. 1991b

Rechtsbureau „Weiten“, Vordamerstr. 20 b. Notartteilung, Schriftsätze durch königlichen Landgerichtsrat außer Diensten. Bureaukonferenz 1 Mark. 2198*

Rechtsbureau, Rechtschiff, Kattentelung, Andreadstr. dreieckig. (Reben Concordiastr.) 2198*

Unfallfassen, Klagen, Eingaben, Reklamationen. Puyger, Steglitzerstr. 65. 17405*

Patentanwalt Dommann, Rixdorfplatz 57, Auskunft bis abends neun. 7672*

Kunststofferei von Frau Koloff, Steinmetzstr. 48, Quergebäude hochparterre. 2154b*

Schürmücke von 5,00 an fertige nach Maß jede Art Damenschneider elegant, billig! Schöneberg, Rixdorf Friedrichstr. 12, Laden. 16738*

Kostümstücke von 5,00 an, fertige nach Maß. Jede Art Damenschneider elegant, billig! Reanderstr. 35, parterre links. 16728*

Schneiderin in und außer dem Hause empfiehlt sich. Agnes Wille, Badstr. 55. 4105*

Baubandwerker! Mein Wasserwagen-Geschäft befindet sich jetzt: Neue Köpenickerstr. 8, Julius Hagloff. 1851b*

Buchbinder! Fiedler, Charlottenburg, Brunnenstr. 66, Eingang Schillerstr. Anfertigung jeder Art Bucheinbände. 4144*

Bücherkauf zu höchsten Preisen. Gehleit, Marienstr. 101. 9292*

Bücherkauf und Belebung. Gannemann, Köpenickerstr. 50, I. Amt 6, 3397. 8872*

Bibliothek! Wer sich über diese nachlässige Grandaufstellung untrist uninteressant will, verlange die Flugblätter des Verbands gegen Bibliothek, welche ungenügend verwendet werden vom Reichsverband Berlin, Rixdorfgr. 108. Diebstahl können auch Referenzen für Fortzüge in Kattentelung über Bibliothek befragt werden. Am günstigsten Abdruck wird gegeben. 151b*

Augustabad, Köpenickerstr. 60. Bäder jeder Art für sämtliche Krankheiten. 7308*

Achtung! Empfehle meine Restauration zur freundlichen Benutzung. Vereinszimmer mit Klavino noch einige Tage in der Woche frei. Paul Robus, Andreadstr. 33. 9192*

Regelbahn und zwei Vereinszimmer empfiehlt Singer, Köpenickerstr. 18. 2152b*

Strohdecken, Strohaufschlag, Verputzungen, Zählungsbelege, Stellungsbelege, Reklamationen, Bullen, Strohdecken 141. Sprechstunden: Abends, Sonntag. 2274b*

Strohdecken, Unfallfassen, Edeleiden, Klagen, Reklamationen, Eingabengeld, Kattentelung, Bullen, Strohdecken 141. Sprechstunden: Abends, Sonntag. 2273b*

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge und Winterpaletots mit Futterfassen 15 Mark. Wagner, Schneidermeister, Frankfurterstr. 59, III. 2152b*

Vermietungen.

Restauration, worin seit Jahren Genossenschafts-Betrieb betrieben wurde, unabh. behaltbar sofort zu vermieten. Näheres Gröbestr. 7, bei Falde. 932R*

Zimmer.
 Möbliertes Zimmer, bessere Schlafstelle, Garten, Stallstr. 1, Schön. 2157b
 Verres oder möbliertes Zimmer sehr billig zu vermieten O. Kronprinzstr. 59, vorn II links. 4117
 Leere Küche für ältere Frau billig. Strahmannstr. 27, zweiter Hof parterre links. 2270b
 Möbliertes Zimmer, Bier-Gewinn, vermietet. Benfstr. 67, Quergebäude 3 Treppen. 2272b
 Möbliertes Zimmer an 2 Herren. Konigsplatz 4, vorn IV. 921.

Schlafstellen.
 Möblierte Schlafstelle, Herren, 7,50, Köpenickerstr. 70, vorn III links.
 Möblierte Schlafstelle für 2 anständige Herren, Gröbestr. 35 bei Hof. 1831b*
 Möblierte Schlafstelle, Sorderrzimmer, kann Herr mitwohnen, Ulrich, Kirchbachstr. 20. 21425
 Möblierte Schlafstelle, Herrn, Stallstr. 61, IV. 921.
 Schlafstelle für Herrn, Neue Köpenickerstr. 37, Siedel. 2262b

Mietsgesuche.
 Freundlich möbliertes kleines Zimmer von jungem Mann gesucht nahe Gieselerstr. 10. Offerten mit Preisangabe unter R. 5 Expedition des „Vorwärts“. 2266b

Arbeitsmarkt.
 Tischler auf verdröpte Rahmen sofort Wehner, Stallschreiberstr. 58.

Hartigmann auf bessere Sorten verlangt Goldschmiedefabrik Vortels, Mühlentstr. 17. 2264b
 Rahmenmacher verlangt Kundenbauern, Bringenstr. 99. 2265b
 Goldschmiedefabrik per sofort verlangt Kottbuser Damm 100. 2271b
 Kattentelung, Buchbinder, für Geschäftsbücherfabrik nach Wien gesucht. Beansprucht wird selbständiger tüchtiger Arbeiter. Ausführliche Offerte unter P. 5 an die Expedition des „Vorwärts“. 2263b

Stellengesuche.

Bücher Stoffflechter bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigen Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich jurist. geliefert. Adresse: Mühlentstr. 27, H. Wäfer.

Tüchtige Eisenarbeiter

auf Klav. und Sammet gesucht. Näh. Fr. Holtermann & Sohn, Hamburg I, Paulstr. 10. 28422*
 1 Hammerarbeiter für sofort. Berlin. Gehalt nach Leistung.
 Nach Kattentelung 1 Goldarbeiter, der gravieren kann. 122/13
 Nach Kattentelung 1 Goldarbeiter, der gravieren kann. 122/13
Arbeitsnachweis
Deutscher Goldschmied, Engelstr. 15.
Suche Buchmeister
 für Buchbinderei nach auswärts.
H. Timm, Köpenickerstr. 137.
Achtung!
Klavier = Arbeiter!
 Der Jung von Klavierarbeitern aller Branchen ist wegen Lohnminderungen bei der Firma C. Neugebauer Nachf., Well u. Comp., Andreadstr. 32, streng ferngehalten. Die Ortsverwaltung.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Frau Clara Jeklin wird am Donnerstag, 5. Dezember, über den Bucherzoll sprechen. Man wolle besonders unter den Frauen für den Besuch dieser Versammlung agitieren.

Der Wahlverein im 4. Wahlkreise, Südost, veranstaltet am Sonntag, den 1. Dezember, mittags 1 Uhr, eine Urania-Vorstellung. Die Parteigenossen werden ersucht, sämtliche in Umlauf befindliche Billets, soweit dieselben noch unverkauft sind, spätestens bis Mittwochabend an die Parteipeditoren, Louisyerplatz Nr. 14/15, zurückzugeben. Zurückgelieferte Billets sind dort noch bis zum Vorstellungstage erhältlich. Der Vorstand.

Der Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis hält heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, in Wernaus Festhölle eine Versammlung ab, in welcher Reichstags-Abgeordneter Georg Ledebur einen Vortrag über den Beginn des Kampfes gegen den Postwucher im Reichstag halten wird. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

In Wilmersdorf

finden morgen, Mittwoch, von 10—2 Uhr und von 4—8 Uhr die Wahlen zur Gemeindevertretung im Victoria-garten, Wilhelmstraße, statt. Als Kandidaten sind von unserer Seite aufgestellt Hausbesitzer August Katusch, Redacteur Wilhelm Schröder und Gastwirt Paul Hilbert.

Die kommunalen Mißstände in Wilmersdorf sind derart, daß hier die Wahl socialdemokratischer Vertreter zur unabweisbaren Notwendigkeit wird. Unser Vorort ist jetzt in der näheren Umgebung Berlins der einzige, wo die Socialdemokratie noch nicht in die Gemeindevertretung eingezogen ist. Morgen ist der Bevölkerung Gelegenheit gegeben, diesen Vorwurf gegenstandslos zu machen und den zahlreichen Siegen, welche unsere Partei gerade auf kommunalem Boden in letzter Zeit errungen hat, um einen neuen Erfolg zu beweisen. Kein Wähler veräume daher, morgen an die Wahlurne zu treten und der Socialdemokratie den Sieg zu sichern.

Zu einer bei Struß, Ecke der Auguststraße und Berlinerstraße, stattfindenden Volksversammlung wird heute abend 8 1/2 Uhr Genosse Waldek Marasse-Berlin über unsere kommunalen Forderungen sprechen. Die Verkündigung des Wahlergebnisses erfolgt Mittwochabend bei Witte, Berlinerstraße 40.

Der Wahlverein von Johannisthal hält seine Mitglieder-Versammlung am Dienstag, den 20. November, abends 8 Uhr, im Lokale von Mertins ab.

Vertrauensämter der socialdemokratischen Partei im Kreise Teltow - Bescrow - Storkow - Charlottenburg.

Vorstand des Central-Wahlvereins: Charlottenburg. 1. Vorsitzender: Paul Dirsch, Herderstr. 13. 2. Aug. Schnell, Bismarckstr. 84. Kassierer: Wilh. Eberhardt, Spreckstr. 13E. Schriftführer: Dr. V. Vorkardt, Wilmersdorferstr. 3a. Beisitzer: Alex. Stieffenhoyer, Wallstr. 23.

Revisoren:

Reinh. Ritter, Schöneberg, Apostel Paulusstr. 27. Wilh. Jäger, Misdorf, Weiserstr. 75. Fr. Woid, Köpenick, Schönherlinbergr. 8.

Präskommission:

Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 69. Fritz Hoppe, Misdorf, Erstr. 10.

Agitationskommission:

Herm. Schubert, Schöneberg, Meiningenstr. 10.

Lokalkommission:

Schliebitz, Orly, Jahnstr. 2.

Weibliche Vertrauensperson:

Frau Marie Thiel, Tempelhofer, Friedrich Wilhelmstr. 17.

Lokales.

Was geben wir unseren Kindern zu lesen?

Diese Frage, die vielfach bei gewissenhaften Eltern und Erziehern auftaucht, wird mit dem Herannahen des Weihnachtsfestes gleichzeitig für recht weite Kreise eine brennende. Weis man doch gerade in Arbeiterkreisen ein gutes Buch als ein besonders erfreuliches Geschenk zu schätzen, — während man andererseits weiß, wie selten wirklich gute Dinge unter dem zu finden sind, was der Buchhandel alljährlich als Jugendchriften auf den Markt wirft.

Glücklicherweise beschäftigen sich seit einigen Jahren eine ganze Anzahl deutscher Lehrer, zu einem Verein verbunden, mit der Auswahl und Zusammenstellung einer wahrhaft musterhaften Jugendlitteratur. Der geistige Mittelpunkt dieser Bewegung ist Hamburg, wo der Lehrer Heinrich Wolgast wirkt; sein Buch „Das Elend unsrer Jugendlitteratur“ kann als bahnbrechend bezeichnet werden. Wer sich über den Geist, in dem Wolgast und seine Freunde thätig sind, unterrichten will, findet näheres in der „Neuen Zeit“ Jahrg. XVI, Bd. 1, S. 612, und XIX, Bd. 2, S. 172.

Um nun den Berliner Familienvätern und Müttern Gelegenheit zu geben, sich mit eigenen Augen von der Güte der von jenem Kreis empfohlenen Bücher zu überzeugen, und in aller Ruhe und Bequemlichkeit unter den Schätzen auszusuchen, was — ohne für den Geldbeutel unerschwinglich zu sein — für die eignen Kinder als das geeignetste erscheint, wird im Gewerkschaftshaus eine Ausstellung der Bücher statt finden, die das vom Hamburger Jugendschriften-Ausschuß aufgestellte Verzeichnis nennt. Beiseite gelassen sind nur die Werke, die mehr als vier Mark kosten, einmal um die Kosten des Unternehmens nicht zu sehr anzuschwellen, dann auch, weil diese Grenze als höchste erschien, das den Kreisen, für die die Ausstellung in erster Linie bestimmt ist, zugunsten werden kann; sieht doch zu bedauern, daß gerade in den jetzigen schweren Zeiten diese Grenze bereits viel zu hoch gegriffen erscheint. Um so erfreulicher ist es, daß sich in der Sammlung eine große Reihe prächtiger Nummern findet, deren Preis trotz ausgezeichneter Ausstattung unter einer Mark bleibt.

Die Ausstellung soll in der ersten Dezemberwoche und zwar von Montag, den 2. bis Freitag, den 6. Dezember im Saal II des Gewerkschaftshauses stattfinden. Sie soll von vormittags 10 Uhr bis abends 10 Uhr zur — selbstverständlich unentgeltlichen — Besichtigung — offen stehen. Auf diese Weise wird es wohl niemanden geben, der nicht, soweit er willens ist, eine passende Zeit für sich finde, während jede Buchhandlung schon in früher Abendstunde geschlossen werden muß. Die Auswahl in der Ausstellung ist aber um so angenehmer und bequemer, als dort nichts verkauft wird, während man in der Buchhandlung immerhin unter einem gewissen Kaufzwang steht. Durch das liebevollste Entgegenkommen namentlich auch des Vereines für die arbeitenden Frauen und Mädchen werden außerdem, möglichst zu allen Stunden, Personen antworfend sein, die bei der Uebersicht der schon nach Altersstufen geordneten Bücher behilflich sein können.

Wie ganz besonders nachdruck aber wollen wir unsre Leser darauf hinweisen, daß ein hervorragendes thätiges Mitglied jenes

Hamburger Kreises, der Lehrer M. Noß, am Sonntag, den 1. Dezember in einer öffentlichen Versammlung im großen Saale des Gewerkschaftshauses das Thema „Was geben wir unsern Kindern zu lesen“ in einem Vortrag behandeln wird. Der Vortrag, an den sich wie üblich, Anfragen und Diskussion anschließen können, wird pünktlich um 3 Uhr beginnen. Bei der Wichtigkeit des Gegenstandes für die Jugendziehung bedarf es wohl nur dieses Hinweises, um eine recht rege Teilnahme namentlich auch der Familienmütter an der Versammlung herbeizuführen.

Zimmer langsam voran. Unter dem Vorhitz des Oberbürgermeisters Kirchner hat gestern wieder die aus Mitgliedern des Magistrats gebildete Kommission getagt, die mit gemeinsamen Vauageellschaften befaßt die Schaffung kleiner Wohnungen verhandeln soll. Ein endgültiger Beschluß ist auch gestern darüber noch nicht gefaßt worden, mit welcher der Gesellschaften, die Angebote unterbreitet haben, Fühlung genommen werden solle. Doch ist in der Kommission nunmehr insoweit Klärung geschaffen, daß nur noch zwei Gesellschaften ernstlich in Frage kommen. In der nächsten Sitzung wird man die definitive Wahl treffen, um alsdann im Plenum des Magistrats auf Grund des gewonnenen Materials die Vorlage für die Stadtverordneten-Versammlung zu beraten. — Es drängt ja auch nicht mit dem Vau kleiner Wohnungen. Da sind ja andre Dinge, so die Linden-Verschönerung, viel eiliger.

Wie ein Wind von oben den Berliner Kommunalreformumsfallt, das hat sich bei der Frage der „Linden“-Umgestaltung von neuem gezeigt. Die Protokolle über die Sitzungen des zur Vorberatung dieser Angelegenheit eingesetzten Stadtverordneten-Ausschusses liegen jetzt im Druck vor. Die Aushebung des ersten vom Ausschuss gefassten Beschlusses ist, wie wir aus dem Protokoll über die Schlußsitzung erfahren, damit begründet worden, daß die inzwischen bekannt gewordenen Aeußerungen des Kaisers über das zuerst angenommene Projekt die Sachlage vollständig verändert und etwas „Neues“ in die Frage der „Linden“-Umgestaltung hineingebracht hätten. Das Plenum der Stadtverordneten-Versammlung wird sich am nächsten Donnerstag mit der Angelegenheit zu beschäftigen haben. Vermutlich wird die Mehrheit der Versammlung dem zweiten Beschluß des Ausschusses beitreten und seinem Vorschlage gemäß das Projekt, dessen Ausführung der Kaiser wünscht, anzunehmen. Das wäre dann freilich nichts „Neues“.

Die vereinigten Milchhändlervereine Berlins und der Vororte hielten eine gemeinsame Vorstandssitzung ab, in der festgestellt wurde, daß der Stand des Milchtriebes sich von Tag zu Tag für die Milchhändler günstiger gestaltet. Der gesamte Milchbedarf Berlins sei bereits durch ringfreie Milch gedeckt. Der Milchring habe von seinen Vätern nur erhebliche Mehrausgaben, aber keinen Vorteil. Demnach gelangt wieder eine Reihe von Milapactungen zur Vergebung. Bezeichnend für die Lage, in der sich die Mitglieder der Milchzentrale befinden, ist, daß sie vielfach, entgegen ihren eignen Vereinbarungen, die andern Milchproduzenten zu unterbieten suchen, und die Ring-Milch billiger liefern, um sie bloß an den Mann zu bringen. Beschlossen wurde: 1. Eine strenge Nachprüfung der Geschäfte, die das Plakat der Vereinigung für ringfreie Milch erhalten haben. 2. Die Herausgabe von Flugblättern bezw. „schwarzen Listen“ in den einzelnen Stadtbezirken auf Kosten der Milchhändler des Bezirkes. Nach dem Vorbilde der Berliner Milchhändler haben sich auch ihre Kollegen in Hannover gegen jede Verteuerung der Milch ausgesprochen.

Zu der offenen Armen-Krankenpflege sind im Jahre 1900 wie eine jetzt vom Statistischen Amt der Stadt Berlin veröffentlichte Zusammenstellung ergibt, von den städtischen Armenärzten 14 652 männliche und 80 882 weibliche, zusammen 45 534 Personen behandelt worden. Von den Behandelten starben 717 männliche und 813 weibliche, zusammen 1530 Personen. Unter den Krankheitsformen bezw. den Todesursachen standen weitaus an erster Stelle die Krankheiten der Atmungsorgane mit 10 234 Behandelten und 497 Gestorbenen.

Der Totensonntag zeigte auch diesmal das übliche Gepräge. Pflanzend gedachte die Bevölkerung ihrer Lieben unter der Erde und wer es irgend konnte, schmückte die Gräber seiner Toten. Freilich mag auch hier das Rasenelend manchem Wollen im Wege gewesen sein; wenigstens wird in den Zeitungen berichtet, daß den Händlern zahlreiche Kränze liegen geblieben sind. Auf den Friedhöfen die übliche Erscheinung der Ungeheueren und Traktantenverkäufer, und im Verlehrsgebiete das alte Leiden, daß die Straßenbahn-Gesellschaft auch nicht einseufzt einem Massenandrang genügen kann. Ein Schneetreiben machte den Aufenthalt draußen recht unbehaglich, und so waren die braven Leute, die ihre wenig geistvollen Denkleistungen an den Mann zu bringen suchten, doppelt des Mitleids der Friedhofsbesucher sicher.

Der Ruhegehaltskasse für die Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn, der Westlichen und der Südlichen Berliner Vorortbahn ist jetzt vom Ober-Präsidenten die Genehmigung erteilt worden. Einschließlich der von der Straßenbahn-Gesellschaft bei der Begründung eingezahlten 800 000 M. in Papieren, deren Nennwert 972 915 M. beträgt, ist das Vermögen der Kasse auf 1 600 000 M. angewachsen. Die Ausgaben der Kasse beschränken sich vorläufig auf etwa 5000 M. Verwaltungskosten. Die Zahl der Mitglieder beträgt jetzt 5500.

Von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt wurde die Leiche des Kutschers Lukaszyk, Holzmarktstr. 37, der am 20. d. Mts. im Krankenhaus Bethanien an den Folgen eines Unfalles verstorben ist. L war am 11. d. M. am Elisabeth-Ufer von seinem eignen mit Dampf betriebenen Wagen überfahren worden, wobei ihm der linke Unterschenkel vollständig zermalmt worden war. — Bürgerliche Blätter haben berichtet, Lukaszyk sei im Schlafe vom Wagen gefallen. Wie uns ein Augenzeuge mitteilt, trifft das nicht zu. Lukaszyk fuhr von der Budowerstraße über die steile Waldemar-Brücke nach dem Elisabeth-Ufer, wobei der Wagen auf der abwärtsigen Stelle ins Rollen geriet. Da eine Bremsvorrichtung fehlte, so mußte der Kutscher die Pferde straff in die Hängel nehmen, um den Wagen zu hemmen. Hierbei strandete das eine Pferd, fiel auf die Seite und riß den Kutscher vom Wagen herunter. — L ist ein Opfer seines Berufes geworden. Die Schuld an solchen Unfällen trifft vielfach die Unternehmer, die an ihren Wagen nicht die zum Schutze der Kutscher notwendigen Vorrichtungen anbringen lassen. Auch in dem vorliegenden Falle wäre das Unglück vielleicht vermieden worden, wenn der Wagen eine Bremsvorrichtung und einen festen Antisicherer gehabt hätte. Der Kutscher mußte seinen Wagen stehend lenken, so daß ihm ein sicherer Halt fehlte. Es ist dringend zu wünschen, daß der Polizeipräsident seine Verordnung, daß vom 1. April 1902 ab sämtliche derartigen Fuhrwerke mit Bremsvorrichtung und festem Antisicherer versehen sein müssen, aufrecht erhält. Bekanntlich wird die Verordnung von den Fuhrunternehmern heftig bekämpft. Der Wagen, auf welchem Lukaszyk verunglückte, gehört dem Unternehmern Radow, Holzmarktstr. 37. Dessen Kutscher Klagen besonders über die Beschaffenheit des Wagenmaterials. Uebrigens scheint es auch mit der Humanität dieses Herrn nicht weit her zu sein. Er hat der Frau des Verunglückten, wie man uns mitteilt, den Lohn nur bis Mittag gezahlt, weil der Unfall sich mittags ereignete.

Zu welchen seltsamen Zwecken das Militär benutzt wird, zeigt die folgende Meldung der „Voss. Ztg.“: Aus dem Wildgehege

des Grunewalds ist in voriger Woche eine große Menge Damwild ausgebrochen; die Tiere sind, insbesondere nach Birkelberge zu, in Gebiete der Forst übergelaufen, die für den Verkehr des Publikums ganz freigegeben sind. Dem Wild ist durch den Ausbruch auch der Uebertritt auf benachbarte private Jagdbreviere ermöglicht, ein Umstand, der den betreffenden Jagdpächtern sehr erwünscht ist. Zum Einfangen des Damwildes ist nun am Samstag eine Compagnie der Infanterie-Schiefschule zu Mühlen aufgegeben worden, deren Gebiet an der Grenze der Forst belegen ist. Die Soldaten werden voraussichtlich einige Tage mit dem Einreiben des auf einem ausgedehnten Forstgelände zerstreuten Wildes zu thun haben. Vielleicht erfolgt gelegentlich eine militärische Auffklärung darüber, inwieweit das Einfangen der Hirsche mit der militärischen Ausbildung der Soldaten im Zusammenhang steht.

Mit 10 000 Mark durchgegangen ist der 37 Jahre alte Buchhalter Karl Müller, der bei der Aktiengesellschaft Karl Schöning, Eisenleherei und Werkzeugmaschinen-Fabrik in Reinickendorf, angestellt war. Müller, der bereits vorbestraft ist, hatte sich so vorzüglich geführt, daß er das volle Vertrauen seiner Vorgesetzten erwarb. Auch die Zahlungen, die man durch die Post besorgte, ließ man durch ihn ausgeben. Um so größer war das Erschrecken, als der Buchhalter eines Tags nicht wiederkam. Am Samstag vor acht Tagen sollten 10 000 M., teils in einem Geldbriele, teils in Postanweisungen abgehändelt werden. Müller machte alles zur Ausgabe fertig, schickte dann aber den Voten, der sonst die Gänge nach der Post besorgte, weg mit dem Bemerkten, daß er auf dem Heimwege das Geld selbst mitnehmen werde. Anstatt ihn aber der Post zu übergeben, eignete er sich den ganzen Betrag an und suchte das Weite. Als er am andern Tage nicht ins Geschäft kam, erkundigte man sich bei seiner Familie in der Triftstraße nach seinem Verbleib und erfuhr nun, daß er auch nicht nach Hause gekommen war. Nach einigen Tagen schrieb der Präsident seinen Angehörigen, daß er mit der Weite nach Amerika abgefahren sei, und schickte ihnen den Mietsvertrag, auf den er für ein halbes Jahr im voraus bezahlt hatte. Die Ermittlungen ergaben nun, daß der Ungetreue seinen Plan von langer Hand vorbereitet hatte. Beim Norddeutschen Lloyd hatte er sich mit einer Anzahlung eine Ueberfahrtskarte nach Amerika für den Schnell-Dampfer „Kronprinz Friedrich Wilhelm“ bestellt. Das sollte indessen wohl nur zur Frettsicherung der Besolger dienen, denn bei der Ausfahrt des Dampfers erschien Müller nicht. Wahrscheinlich hält er sich noch in Berlin oder in der Umgegend auf, um abzuwarten, bis der erste Eis in den Nachforschungen etwas nachgelassen haben werde.

Eine Verunglückung eines italienischen Arbeiters haben sich mehrere bürgerliche Blätter, darunter der „Lokal-Anzeiger“ und die „Morgenpost“, geleistet, indem sie über einen im Atelier des Bildhauers Casal in Friedenau vorgekommenen Streik eine in wichtigen Punkten falsche Darstellung verbreiteten. Da es für einen in Deutschland lebenden Italiener nicht ohne Gefahr für seine Existenz ist, als gewaltthätiger Mensch hingestellt zu werden, so hier eine wahrheitsgetreue Schilderung des Vorfalles gegeben. Der Bildhauer Lodovici wurde vor einigen Wochen von Pedrochi, dem Geschäftsteilhaber und Werkführer Casals, angefaßt, um ihn zu verlassen, wieder bei Casal in Arbeit zu treten. Dabei wurde ihm Beschäftigung für den ganzen Winter versprochen. L, welcher daraufhin zugabte und sich dadurch mit Wissen P. andre Arbeitsgelegenheit entgegen ließ, wurde trotzdem schon am 10. November mit vier andern bei Casal Beschäftigten entlassen. Als er am folgenden Montag sein Werkzeug abholen wollte, stellte er P. im Weisem Casals wegen Nichtenthaltung seines Versprechens zur Rede. Bedauerlicherweise kam es zu Thätlichkeiten, wobei jedoch, wie man uns mitteilt, nicht Lodovici, sondern Pedrochi der Angreifer war. Casal, den der von L. zu seiner Verteidigung geführte Streik traf, war dazwischen getreten, um seinen Geschäftsteilhaber zu beruhigen. Die Behauptung, daß L. betrunken gewesen sei, ist ebenso unzutreffend, wie die andere, daß er geflohen sei. L. hat selber die Angelegenheit dem hiesigen italienischen Konsulat unterbreitet. — Merkwürdig ist übrigens, daß drei Tage nach der angeblich wegen Arbeitsmangel erfolgten Entlassung die noch bei Casal beschäftigten elf Bildhauer sogar den Bußtag zu ihrer Arbeit hergeben mußten.

Warnungen helfen nicht. Beim Abhängen von einem in der Forst befindlichen Straßenbahnwagen wurde gestern vormittag der 47-jährige Kaufmann Friedrich Traeger, Markgrafenstr. 101, schwer verletzt. Er hatte einen Motorwagen der Straßenbahnlinie Landsberger Allee-Zoologischer Garten benutzt und sprang vor dem Haupte-Lautenstange 10 von der Hinterplattform des in voller Fahrt befindlichen Waggons. L stürzte so unglücklich, daß er mit einer schweren Kopfverletzung in bestimmungslosen Zustand nach der Unfallstation im Zoologischen Garten und von dort nach dem Charlottenburger Krankenhaus gebracht werden mußte. Der Verunglückte hat anscheinend eine Gehirnerschütterung erlitten.

Auf recht dreiste Weise schädigt ein Schwindler hiesige und auswärtige Bauunternehmer. Er heißt Eduard Schröder und ist am 20. April 1862 zu Datterode, Kreis Rammsfeld, geboren. Schröder ist ein geriebener Gauner, der sich unter falschem Namen und durch gefälschte Zeugnisse Stellenungen als Baumeister und Bauleiter verschafft und dann seine Arbeitgeber betriegt und bestiehlt. Es liegen bis jetzt 24 Anzeigen gegen ihn vor. In einem Fall ist er mit dem Lohne der Arbeiter eines ganzen Hauses in Höhe von 1100 M. durchgegangen. Schröder, eine stattliche Erscheinung mit gewandten Manieren, nennt sich in der Regel Baumeister Leutich aus Rehhammer oder Chemnitz, Otto Wöhlmann, Freiger v. Seen und Oskar v. Vogel.

Durch zwei Säbelschneide verletzt wurde Sonntagabend gegen 6 Uhr der 28 Jahre alte Schiffer Karl Glanbowitz von einem Schyrmann des 15. Reiviers. Als der Beamte in der Mühlenstraße eine Frauensperson anhält, nickte sich der Schiffer ein und sahte ihn an die Kelle. Um sich seiner zu erwehren, zog der Schyrmann blank. Der Verwundete wurde, nachdem er einen Notverband erhalten hatte, in ein Krankenhaus gebracht.

Ein größeres Schadenfeuer kam Montag, nachmittags 1 Uhr, in dem Lagerkeller der Expositura für Glas- und Metallwaren von Wag Junge in der Mitterstr. 81 zum Ausbruch. Zwei Arbeiter, die mit dem Transport von Risten beschäftigt waren, hatten im Keller eine Sicherheitslampe aufgehängt, welche explodierte und die Strohverpackung der Glaswaren in Brand setzte. Bei dem Versuche, die Flammen zu ersticken, zog sich der eine der Arbeiter schmerzhaft Brandwunden an den Händen zu. Die Feuerwehr löschte zwar den Brand in kurzer Zeit ab, doch beträgt der verursachte Schaden nach vorläufiger Schätzung einige tausend Mark. Beim Auslöchen der Hauptwunde in der Lindenstraße erfolgte übrigens noch eine Karabulage mit einer Drofsche, wobei das Drofschepferd umgeworfen wurde und einen Weinbruch davontrug, so daß es der Abdeckerei übergeben werden mußte.

Eine noch jugendliche Schwindlerin Namens Margarethe Reffen, die unter dem Namen „Frein v. Reffen“ oder „Frein v. Zinsingen“ namentlich viele Lebemannner in Dresden und Leipzig schädigte, ist von der Berliner Kriminalpolizei festgenommen worden.

Zu Dienste überfahren und getötet wurde in der Nacht zum Sonntag der 46 Jahre alte Weichensteller Mattias Handrad aus der Mühlenstraße 8, der seit 16 Jahren auf der Schleifischen Bahn beschäftigt war, zuletzt als Weichensteller an der Bude 8, an der Weiche 88 auf dem Schleifischen Güterbahnhof. Nachdem sechs Wagen durchgelaufen waren, fand man Handrad zermalmt auf den Schienen liegen. Verantwortlich war er ausgeglitten und gefallen, alle sechs

Wagen waren über ihn hinweg gegangen und hatten ihn namentlich am Unterleib so schwer verletzt, daß der Tod auf der Stelle trat. Der Verunglückte hinterläßt eine Frau und zwei erwachsene Töchter.

Durch Heberfahren wurde Montagvormittag gegen 5 Uhr ein unbekannter etwa 40-jähriger Mann getötet. Er passierte in angestautem Zustande die Potsdamerstraße. An der Ecke der Steglitzerstraße sammelte er zur Seite, fiel vom Bürgersteig auf den Fahrbahn und zwar so unglücklich, daß er unter einem beladenen Kohlenwagen der Firma Berger u. Kulp geriet. Das rechte Hinterrad ging dem Unglücklichen über den Leib und zerstückte ihm den Brustkasten. Auf der Unfallstation XV in der Steglitzerstraße, wohin der Verunglückte geschafft wurde, konnte nur noch der Tod des Unbekannten konstatiert werden. Die Leiche, bei welcher keine Legitimationspapiere gefunden wurden, wurde nach der Morgue geschafft.

Ein tödlichen Ausgang nahm ebenfalls ein Unfall im Straßenbahnbetriebe, der sich Montagvormittag in der Alten Schönhauserstraße ereignete. Die 66 Jahre alte Witwe Zowader geb. Jachanauer, Weinmeisterstraße 8 wohnhaft, versuchte vor dem Hause Alte Schönhauserstr. 34 unmittelbar vor einem herankommenden Straßenbahnwagen (Nr. 1383) der Linie Pantow-Rathaus den Fahrdamm zu überqueren. Obwohl der Motorwagen kaum vier Meter von der Stelle entfernt war, wollte die Greisin, statt den Wagen vorbeifahren zu lassen, noch vorher das Geleise kreuzen. Der Fahrer gab sofort Gegenstrom, vermochte jedoch den Wagen nicht mehr auf solcher kurzen Distanz zum Stehen zu bringen und Frau Z. geriet unter die Vorderplattform. Sie erlitt eine Gehirnerschütterung sowie schwere innere Verletzungen und wurde mittels Droikoff nach dem jüdischen Krankenhaus in der Auguststraße gebracht. Dort ist sie, ohne die Befinnung wieder erlangt zu haben, am Nachmittag gegen 4 Uhr ihren schweren Verletzungen erlegen.

Zeugen gesucht. Die Personen, welche am Freitag, den 20. September, abends 11 Uhr, dem Streifenfall beigevoht haben, der sich an der Ecke der Rehnert- und Weinstraße zwischen einem Schankmann und einem Arbeiter abgespielt hat, werden gebeten, sich bei Karl Richter, Poppel-Allee 21a, Hof, Keller zu melden. Unkosten werden vergütet.

Studenten und Arbeiter. Wir werden ersucht, folgende Mitteilung aufzunehmen: Freie Fortbildungskurse für Arbeiter sind in Charlottenburg von der sozialwissenschaftlichen Abteilung der Wissenschaft der Technischen Hochschule eingerichtet worden. Sie erstrecken sich auf folgende Gebiete: 1. Rechnen (Dienstag 8 1/4—9 1/4 Uhr abends); 2. Mechanik (Mittwoch 8 1/4—9 1/4); 3. Deutsch (Donnerstag 8 1/4—9 1/4); 4. Geometrie (Freitag 8 1/4—9 1/4); 5. Allgemeine Erdkunde (Montag 8—9); 6. Chemie (Montag 9—10). Zur Dedung der Kosten wird in der zweiten Unterrichtswoche eine Einschreibgebühr von 50 Pf. erhoben. Der Beginn erfolgt Mittwoch, den 27. d. M., in der Charlottenburger Gemeindefschule III, Schloßstraße 2. Anmeldungen werden Dienstag, den 26. d. M., von 8 1/4—9 Uhr abends im Unterrichtslokal entgegen genommen, wobei auch Auskunft erteilt wird.

Herr Dr. R. Suring wird heute, Dienstagabend 8 Uhr, im großen Theateraal der Urania in der Taubenstraße einen Vortrag „Ergebnisse und Ergebnisse von höchsten Ballonfahrten“ halten. Der Vortrag wird durch zahlreiche Lichtbilder erläutert werden.

Ein Konzert von hervorragender Bedeutung ist am Sonntag in der Französischen Friedhofstraße veranstaltet worden. Die drei Vereine Kreuzberger Harmonie, Norddeutsche Schilde und Sorgenfrei, deren Eifer auf gelanglichem Gebiete in der Arbeiterkassen bekannt ist, hatten sich zu einer größeren Kunstleistung zusammengeschlossen. Auf dem Programm stand das Oratorium „Fritzhof von Max Bruch. Es war dies ein Werk, das weit über das Maß dessen, was im allgemeinen von Gesangsvereinen verlangt wird, hinausgeht, und doppelt freut es uns daher, daß die Aufführung des Konzertes, die von Herrn G. Bleil dirigiert wurde, durchweg vorzüglich gelungen ist. Wie Chor und Orchester ihre Partien rein zu Gehör brachten, so zeichneten sich auch die beiden Solisten, Herr A. Figner und Frau Peter-Jensen-Münich, durch wohlgeschulten Vortrag aus. Dem Oratorium gingen verschiedene Konzerte voraus, von denen der Klavier-Siegerkonzert für Männerchor und Orchester sowie der Gesang der Elisabeth aus dem dritten Akt von Wagner's „Lambacher“ besonders erwähnt seien. Der orchesterliche Teil wurde vom Berliner Konzert-Orchester unter Leitung des Herrn E. v. Blon vorzüglich ausgeführt. Das überaus zahlreich versammelte Publikum sorgte nicht mit seinem Beifall. — Wir teilen noch mit, daß am 27. Dezember eine zweite Aufführung des Oratoriums erfolgt.

Aus den Nachbarorten.

Lichtenberg. Die Haus- und Grundbesitzer-Qualität von dreien unserer Parteigenossen in der Gemeindevertretung ist bekanntlich durch den Vorkauf Z. Meißner in Frage gestellt worden. Der Bürgerverein zu Lichtenberg hatte beschlossen, die angustrenkende Klage auf Vereinstkosten zu führen. Nun ist die Klage auch ausgedehnt auf Ungültigkeitserklärung des als „Nicht-Angesehener“ gewählten Genossen Grauer. Termin zur Verhandlung vor dem Kreisgericht ist angesetzt auf den 4. Dezember. Die betreffende Bescheidbestimmung lautet ausdrücklich: Das Gemeinderat hat aus: a) Wer nicht ein Wohnhaus in dem Gemeindegelände besitzt, oder b) von seinem gesamten innerhalb der Gemeinde belegenen Grundbesitz einen Jahresbetrag von mindestens 3 M. an Grund- und Gebäudesteuer entrichtet ist. Steht ein Wohnhaus im (geteilten oder ungeteilten) Mitbesitz mehrerer Eigentümer, so kann das Gemeinderat auf Grund dieses Bescheides nur von einem derselben ausgesetzt werden. Ob es trotzdem gelingen wird, der freisinnigen Arbeiterfreundschaft einen weiteren Erfolg zu verschaffen, muß abgewartet werden.

Nieder-Schönhausen. Die Gemeindevertretung hat den von den hiesigen Arbeitern gestellten Antrag, Nieder-Schönhausen mit Pantow zu einem Gewerbebezirk des Bezirks zu vereinen, abgelehnt. Als maßgebend für die Ablehnung wurde die geringe Einwohnerzahl und die unbedeutenden gewerblichen Betriebe angeführt. Der Angelegenheit wird die Gemeindevertretung zur geeigneten Zeit näher treten und dann selbst die erforderlichen Schritte veranlassen. — Zwischen der Stadt Berlin und dem Gemeinde-Vorsteher ist ein Vertrag über Einlegung eines Druckrohrs der Kanalisation von Berlin in den Gemeindegelände Nieder-Schönhausen und Aufnahme der Abwässer aus der Gemeinde in das Berliner Druckrohr genehmigt. Die Vertragsdauer ist eine zwanzigjährige. Für Aufnahme der Abwässer aus der Gemeinde Nieder-Schönhausen sind während der ersten zehn Jahre keine Vergütungen an Berlin zu zahlen; erst nach dieser Zeit erfolgt die Berechnung der Kanalisationsgebühr, die sich zur Zeit auf 3,14 Pf. für den Kubikmeter der Abwässer stellt.

Mit der Auffindung der Leiche des 12-jährigen Schülers Groppe aus Köpenick hat eine traurige Familientragödie ihren Abschluß gefunden, welche die Bewohner der südlichen Vororte beschäftigte. Ende vorigen Monats verfiel plötzlich aus Köpenick die Frau des dort aufässigen Buchhalters Groppe, die mit ihrem Manne bereits in 14-jähriger glücklicher Ehe gelebt hatte. Frau G. hatte schon einige Zeit Spuren von Trübsinn gezeigt. Sie entfernte sich eines Tages in Begleitung ihres 12-jährigen Sohnes, während sich der Buchhalter im Dienste befand. Drei Tage später wurde die Leiche der Frau im Müggelsee in der Nähe des Försterhauses angetrieben. Da die Abführung des Wassers nach der Leiche des Knaben erfolglos blieb, so hoffte man, daß es dem Kleinen gelungen sei, der Mutter zu entfliehen und daß er aus Furcht vor ihr in den Waldungen umherirre. Diese Annahme hat sich jedoch nicht bestätigt. Am Sonnabend wurde die schon stark in Verwesung befindliche Leiche des Kindes nicht weit von jener Stelle, an welcher Frau G. aufgefunden wurde, am Ufer des Müggelsees aufgeschwemmt und von dem alsbald telegraphisch benachrichtigten Vater rekonstruiert. Zweifellos hat Frau Groppe den Knaben gewaltsam mit sich in den Tod gerissen.

Gerichts-Beilage.

In dem Thema „Was einer anständigen Dame in Berlin passieren kann“ lieferte eine Verhandlung, die gestern vor der 137. Abteilung des Schöffengerichts stattfand, ein beachtenswertes Beispiel. In der Nacht zum 2. September d. J. wollten die Amtsgerichts-Sekretär A. S. und seine Eheleute die Heimfahrt nach ihrer in einem Vororte gelegenen Wohnung antreten. Frau S. ging die Treppe an dem Bahnhofs-Friedrichstraße hinauf, während ihr Ehemann noch mit dem Lösen der Fahrkarten am Schalter beschäftigt war. Sie wurde von einem Herrn überholt, der im Vorbeigehen eine Jument auf sie stellte, die ihr die Schamröde in die Wangen trieb. Frau S. that, als habe sie die Bemerkung nicht gehört. Am oberen Ende der Treppe blieb der Herr stehen und wiederholte die Bemerkung in noch schamloser Weise dem zuvor. In diesem Augenblicke erreichte der Ehemann S. seine Frau, die ihm thranenden Auges von der ihr widerfahrenen Beleidigung Mitteilung machte. Dieser ließ die Persönlichkeit des Beleidigers feststellen. Es war der Wäckermeister Alfred Kaufft aus Spandau. Der Angeklagte entschuldigte sich im Termin mit Angetrunkenheit, leiner der Zeugen hatte aber einen solchen Zustand an ihm wahrgenommen. Der Staatsanwalt wies auf das Ungehörliche hin, das Damen derartigen Beleidigungen an einem verkehrsreichen Orte ausgesetzt seien. Er hielt nur eine Freiheitsstrafe am Plage und beantragte eine solche von einem Monat Gefängnis. Der Gerichtshof nahm von der Verkündung einer Freiheitsstrafe Abstand und erkannte auf 150 M. Geldstrafe.

Der „normale Mensch“, der bei der lex Heinze eine so große Rolle spielte, wurde auch in einer Verhandlung vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I herbeigezogen. Es handelte sich um eine Anklage gegen die Kaufleute Gustav Schaberow und Wilhelm Ziemann wegen Verbreitung unglücklicher Bilder. Der zweite Angeklagte bezieht von der Hofbuchdruckerei in Coburg im Großen Postkarten-Bilder, auf welchen weibliche nackte Figuren, teils als Abbildungen berühmter Kunstwerke, teils als Reproduktionen von künstlerischen Studien sich zeigen. Von Ziemann bezog wieder der erste Angeklagte solche Postkarten zum Vertrieb im kleinen. — Der Staatsanwalt war der Ansicht, daß diese Bilder lediglich den Zweck hätten, die Sinne anzureizen, und daß der normale Mensch an einer öffentlichen Ausstellung solcher Bilder Anstoß nehme, da er sie als unästhetische Darstellungen betrachten müsse. Er beantragte Geldstrafen in Höhe von 300 bzw. 50 M. — Den Angeklagten kam Hilfe durch das sachverständige Gutachten des gerichtlichen Sachverständigen Professor H. Meyer, welcher erklärte, daß die Bilder, objektiv betrachtet, nicht unästhetisch seien. Es handelte sich vom ästhetischen Standpunkte um minderwertige Kunstwerke. Es befinden sich vorzüglichste Kunstwerke in minderwertiger Reproduktion darunter: von der Venus von Milo bis zu den hier vorliegenden Werken gehe es auf einer großen Stufenleiter abwärts, und kein Mensch könne sagen: hier hört das Kunstwerk auf, und hier fängt die unästhetische Darstellung an. Ein sinnlich veranlagter Mensch würde schließlich auch beim Anblick einer Venus von Milo Sinnesreizungen empfinden können. — Der Angeklagte Schaberow hob hervor, daß der Kaufmann der Frage, was Kunstwerk und was unästhetisch sei, doch machtlos gegenüberstehe; man müßte doch eine Behörde einrichten, der man diese Fragen zur Entscheidung vorlegen könne. — Der Gerichtshof schloß sich dem Gutachten des Prof. Meyer an und erkannte auf Freisprechung.

Bestrafter Streifenposten. Wegen Heberziehung der §§ 132 und 133 der Berliner Straßenpolizei-Verordnung war der Schneider F. von Landgericht zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil er der zur Sicherung der Ruhe und Ordnung auf der öffentlichen Straße ergangenen Aufforderung eines Polizeibeamten nicht unbedingt Folge geleistet habe. F. hatte am 20. März 1901 um die Mittagszeit vor dem Hause Markgrafstr. 9, wo die Schneider streifen, Posten gestanden. Er folgte zwar der Aufforderung des Polizeibeamten Filder und entfernte sich, lehnte aber nach dessen Ansage immer wieder in die Nähe des Hauses zurück, sobald der Zeuge nicht auf ihn achtete. Besonders Gewicht legte das Landgericht bei seinen Feststellungen auf die Bekundung des Schutzmannes, daß er den Angeklagten zum Fortgehen aufgefordert habe, weil er befürchtete, es könnte zu Zusammenstößen zwischen dem Streifenposten und den Arbeitswilligen und somit zu einer Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung kommen. Die Revision des Angeklagten, die Rechtsanwalt Dr. Heine mann revidierte, wurde vom Kammergericht verworfen.

Dreife Schwindeln. hat der frühere Schankmann Emanuel Oskar Rudolf verübt, der gestern in Gemeinschaft mit seiner Ehefrau der neunten Strafkammer aus dem Strafgefängnis Plötzensee vorgeführt wurde. Beide waren des gemeinschaftlich verübten Betruges, der Ehemann außerdem der Urkundenfälschung beschuldigt. Rudolf war früher Schankmann im 38. Polizeirevier und wurde 1898 Schulden halber aus dem Amte entlassen. Er verlegte sich dann auf Schwindeln, die er unter Beihilfe seiner Ehefrau ausführte. Beide haben, wie sich aus den Akten ergibt, mehrere Personen um Beträge in Höhe von mehreren tausend Mark betrogen. Sie hatten sich eine Erbschaftsgeschichte erfunden, die folgenden Inhalt hatte: ein verstorbener Verwandter der Ehefrau habe der letzteren ein ziemlich großes Vermögen hinterlassen, welches in Posten deponiert sei, da mißglückliche Verwandte es der Frau freizügig machten. Um diese Sache energisch zu betreiben und so oft wie möglich nach Posten reisen zu können, brauchten die Angeklagten angeblich größere Summen, die ihnen dann von leichtgläubigen Personen vorgestreckt wurden. Der Angeklagte Rudolf hat für diese Betrugsereien seiner Zeit 1 Jahr 3 Monate, seine Ehefrau 9 Monate Gefängnis erhalten und sie verüben diese Strafe zur Zeit in Plötzensee. Jetzt handelte es sich um Strafklagen aus dem Jahre 1898. Der damals noch im Dienst befindliche Angeklagte hatte es verstanden, dem in seinem Revier wohnenden Schankwirt W. noch und nach 600 Mark abzuborgen. Um weitere Summen zu erhalten, spiegelte er auch ihm eine Erbschaftsgeschichte vor. Er erzählte, daß seine Schwiegermutter, die bei ihm wohne, ein Vermögen von 35.000 M. besitze und bestimmt habe, daß das Kind, bei welchem sie dauernden Aufenthalt nehme, diese Summe erhalten solle. Das Geld sei bei dem Reichsgericht in Leipzig deponiert, da Verwandte alle Gelder in Bewegung setzten, um es der Frau abzugeben. Die Frau mißte mehrere Male in der Woche nach Leipzig reisen und im Interesse ihrer guten Sache, für die sich auch der Polizei-Oberst Krause interessierte, große Aufwendungen machen. Zum Beweise dessen legte der Angeklagte eine von ihm gefälschte Bescheinigung des Polizei-Oberst Krause vor, in welcher bestätigt wurde, daß Frau Rudolf berechnigte Ansprüche auf die 35.000 Mark habe. Das Falsifikat war merklich dickerweise mit dem richtigen Stempel des 38. Reviers abgestempelt. Der Schankwirt gab nach und nach noch 700 M. hin und als er schließlich doch bedenklich wurde, spielten die Angeklagten mit ihm Komödie. Es wurde ihm vorgeführt, daß die Sache in Leipzig nun mit Hochdruck betrieben würde, Polizei-Oberst Krause selbst mit der Angeklagten nach Leipzig fahre und das Geld bald flüssig sein würde. Auf Einladung des Angeklagten besaß sich der Angeklagte eines Tages mit diesem auf dem Anhalter Bahnhof, um dort zu sehen, daß die Angeklagte mit dem Polizei-Oberst aus Leipzig eintreffen würde. Es schien auch so, als sei die Frau mit dem Juge angekommen, sie behauptete aber, der Zug sei um einige Minuten zu früh eingelaufen und der Polizei-Oberst Krause habe den Bahnhof schon verlassen. Diese Komödie wiederholte sich noch zweimal, ehe der Schankwirt merkte, daß er gefoppt würde. — Der Staatsanwalt hielt die Rechtsfähigkeit der Angeklagten für besonders strafwürdig, während Rechtsanwalt Leonh. Friedmann die übergroße Leichtgläubigkeit des Geschädigten als strafmildernd ins Feld führte und darlegte, daß der Angeklagte gewiß nicht das Bewußtsein gehabt habe, daß es sich bei der gefälschten Bescheinigung um eine öffentliche Urkunde handelte. — Der Gerichtshof erkannte gegen Rudolf auf eine Zuchthausstrafe von noch neun Monaten, gegen die Ehefrau auf eine solche von noch einem Monat Gefängnis.

Veranstaltungen.

Eine öffentliche Musiker-Veranstaltung, die anlässlich des kürzlich hier stattgefundenen ersten deutschen Civil-Berufsmusiker-Kongresses einberufen worden war, tagte am Freitagvormittag in Dräsel's Festsaal. Dieses war in der Hauptsache von Mitgliedern der beiden hier bestehenden Organisationen: Freie Vereinigung und Allgemeiner deutscher Musiker-Verband, besucht und waren die beiden Richtungen ziemlich gleich stark vertreten. Herr K. v. B. Breslau sprach zunächst über die wirtschaftliche Lage der Civil-Berufsmusiker und den Allgemeinen deutschen Musiker-Verband. Die Grundursache der traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse im Musikerberufe sei der Militarismus. Nicht nur, daß aus demselben den Civil-Berufsmusikern eine sehr empfindliche und lästige Konkurrenz direkt erwächst infolge der zahlreichen Militärkapellen, sondern der Militarismus verhalte auch die zum Teil geradezu skandalösen Verhältnisse im Lehrlingswesen und die große Ausdehnung des letzteren überhaupt. Ebenso sei eine Folge des Militarismus das zahlreichere Beamten-Musikertum, welches durch seine Konkurrenz den Beruf wiederum schwerer schädige. Gegen diese Verhältnisse habe der Allgemeine deutsche Musiker-Verband in den 29 Jahren seines Bestehens aber so gut wie gar nicht angeknüpft. Die Konkurrenz des Beamten-Musikertums will Referent wegen der vielfach schlechten Bezahlung als berechtigt gelten lassen. Auch bezüglich der Tariffrage bekundet er noch eine gewisse Ungefälligkeit der Anschauungen.

Zu der Diskussion trat dem Redner zunächst ein Herr Borch, Mitglied des Präsidiums des Allg. M.-V., entgegen. Die von dem Referenten angeführten Verhältnisse bezeichnet er als „alle Kamellen“. Weiter vertrat der Redner die Ansicht, daß man es im Musikerberufe bei Befreiung der Verhältnisse anders machen müsse, wie anderswo. Eine ganz besonders günstige Wirkung verspricht sich der Redner von der Errichtung von Fachschulen für die Lehrlinge. Die Militärmusik sei nur einmal, wie das Militär überhaupt, ein notwendiges Uebel.

Genosse Fauth-Hamburg, der Vorsitzende des auf dem Kongress gegründeten Centralverbandes der Civil-Berufsmusiker, trat dem Herrn energisch entgegen, die Goldarbeiten und schiefen Ansichten desselben sowie die „unpolitische“ Leitertätigkeit des Allgemeinen deutschen Musiker-Verbandes an der Hand der Thatfachen gebührend beleuchtend. Der Redner beleuchtete auch in geschickter Weise die prinzipiellen Gegenätze, welche den neuen Verband vom alten trennen. Diese Gegenätze seien nicht zu überbrücken, wenn man auch auf beiden Seiten des neuen Verbandes ein Zusammengehen in sachlichen Fragen nicht von der Hand weise. Es beteiligten sich noch weiter, zum Teil wiederholt, an der Diskussion die Herren Vogel (Präsident), Forch und Kühne (von der alten Vereinigung) und Schouert, Fauth, Wille-Hannover (von der neuen Vereinigung). Ein Referat Wille-Hannover über „Die Lagen des Allgemeinen Deutschen Musiker-Verbandes“ behandelte lediglich interne Fragen. Ganz zum Schluß versuchte Herr Forch eine Resolution zu Gunsten der alten Vereinigung zur Annahme zu bringen, dieselbe wurde jedoch mit einer geringen Mehrheit verworfen.

Eine öffentliche Veranstaltung der Kürschner tagte am Sonntag, den 17. d. M., im Englischen Garten. Reichstags-Abgeordneter E. Rosenow referierte über die wirtschaftlichen Lagen und Aufgaben der Kürschner. An den reichhaltig aufgenommenen Vortrag schloß sich eine Diskussion, der schließlich ein geistliches Beisammensein folgte.

Der Verband der Portefeinler hielt am 12. November seine Mitgliederversammlung in Graumanns Saal ab. Zum 1. Punkt der Tagesordnung hielt Dr. Parow einen Vortrag über: „Die Verhältnisse von Krankeiten und die naturgemäße Lebensweise“. An der Diskussion beteiligte sich ein Mitglied des Vereins der abstinenten Arbeiter und die Kollegen Heine und Eberhard. Aus der Erziehung zur Agitations-Kommission gingen die Kollegen Rudolphe, Polky, Schadow, Dunge, Campert und Herzig als gewählt hervor.

Adademische Leschalle. Dienstagabend 8 Uhr findet die Mitgliederversammlung der akademischen Leschalle statt. Da die Neuwahlen zum Direktorium derselben bevorstehen, erscheint es dringend notwendig, daß alle, insbesondere die seiner Partei angehörenden Mitglieder, zur Aussprache über die Grundfragen des studentischen Lebens sich einfinden.

Centralverein der Bildhauer. Dienstag, den 26. November, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Versammlung: Tagesordnung: Bildhauer-Angelagenheiten. Wie bringen wir die Indifferenten zur Organisation?

Charlottenburg. Donnerstagabend 9 1/2 Uhr findet im Gesellschaftshaus, Berlinerstraße 101, eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Fräulein Jenny Zimmle über den Kultur-Ladenschluß sprechen wird.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben das 8. Heft des 20. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Parteilegenden entzücken. — Beiträge zur Geschichte der Volksschule von Heinrich Schulz 2. Reformations- und Volksschule (Hochschule). — Der Kongress der Arbeiterkammern, Gewerkschaften und Diktatoren Italiens. Von Oda Oldberg (Genua). — Zur Kritik des Gewerkschaftswesens. Von August Dautz. — Sozialpolitische Umschau. Von Emanuel Stern. — Notizen: Auch eine Programmrevision. — Feuilleton: Hier lebt an ein einziger Fall der höchsten Großmut und Hilfsfertigkeit zwischen zwei Edel-leuten Stenographen Blutes und Geistes. Von dem Edlen Bernardo Niciati aus Siena. Aus dem Italienischen des fünfzehnten Jahrhunderts von Paul Ernt.

Vermischtes.

Professor Hermann Urban, ein bekannter Musik-Schriftsteller, ist gestern hier, 64 Jahre alt, gestorben. — In Lüdingen starb der hervorragende Musiker Professor Karl v. Liebermann.

Als das deutsche Segelschiff „Flottbed“ aus Hamburg durch einen Schlepper in den Hafen von New York geschleppt werden sollte, brach die Trosse. Die „Flottbed“ und der Schlepper gerieten beide bei Long Beach auf den Strand, wobei sie die eisernen Landungsbrücke schwer beschädigten. Mit Hilfe eines Fährseiles wurden alle an Bord befindlichen Personen gerettet.

Heber einen Eisenbahn-Unfall bei Olwono wird amtlich vom 24. November gemeldet: Der gestern, Sonnabend, 9 Uhr 29 Min. von Olwono nach Posen abfahrende Gemischte Zug 450 stieß bei der Ausfahrt aus dem Bahnhof mit einem aus der Richtung Gnesen kommenden Güterzug zusammen. Mehrere Wagen beider Züge entgleisten, von denen einige stark beschädigt bzw. zertrümmert wurden; ein Wagen vierter Klasse geriet dadurch, daß der darin befindliche Ofen umfiel, in Brand, welcher sich auch noch zwei andern Wagen mitteilte. Reisende sind nicht verletzt, noch Zupersonal haben zwei Beamte ganz erhebliche Kontusionen erlitten. Der Personenverkehr wird vorläufig durch Umsteigen auf der Unfallstelle aufrecht erhalten. Die Aufräumarbeiten werden voranschreitend im Laufe des heutigen Tages soweit gefördert werden, daß der durchgehende Betrieb wieder aufgenommen werden kann. Olwono ist Station der Hauptbahn Posen-Thorn und der Nebenbahn Posen-Stralkowo.

Witterungsübersicht vom 25. November 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer Hand um 11 Uhr	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in 10 u. 4 Uhr	Stationen	Barometer Hand um 11 Uhr	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in 10 u. 4 Uhr		
Emmende	776,3	SW	3	Nebel	-2	Opasanda	749,2	—	—	2	Reiter	-2	
Damberg	777,0	—	—	1	Nebel	—	Veitshaus	769,2	—	—	1	Wolken	-10
Berlin	777,3	—	—	1	bedekt	—	Gort	779,3	—	—	1	Reiter	-4
Frankf. M.	776,0	—	—	2	Reiter	0	Aberden	—	—	—	—	—	—
München	772,0	—	—	5	Reiter	-8	Paris	775,0	—	—	3	bedekt	2
Wien	776,0	—	—	5	Wolken	-5	—	—	—	—	—	—	

Wetter-Prognose für Dienstag, den 26. November 1901.
Etwas wärmer, vorherrschend wolfig bei mäßigen südwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.